

# Demographischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?

Berliner Anforderungen an Politik und Wissenschaft - für eine gendergerechte Gestaltung des demographischen Wandels



Überparteiliche Fraueninitiative Berlin -  
Stadt der Frauen e.V.

Robert Bosch **Stiftung**

# **Demographischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?**

Fachtagung:

Berliner Anforderungen an Politik und  
Wissenschaft - für eine gendergerechte  
Gestaltung des demographischen Wandels  
29. August 2007

Abgeordnetenhaus von Berlin

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt  
der Frauen e.V.

Robert Bosch Stiftung

## Impressum

Herausgeberin:  
Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.  
Marienburger Straße 6  
10405 Berlin  
Internet: [www.berlin-stadtderfrauen.de](http://www.berlin-stadtderfrauen.de)  
E-Mail: [info@berlin-stadtderfrauen.de](mailto:info@berlin-stadtderfrauen.de)

Redaktion: Dr. Pia Kaiser  
Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.

Layout und Satz: J. Bley

Herstellung und Druck:  
DC – Druck, Berlin

Redaktionsschluss: Oktober 2007

Diese Dokumentation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.  
Sie kann gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bezogen werden.

Alle Rechte vorbehalten.

© Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.

## Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>4</b>
Carola v. Braun, Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V.	
<b>Grußwort</b> .....	<b>5</b>
Martina Michels, MdA, Mitglied des Präsidiums des Abgeordnetenhauses von Berlin	
<b>Eckpunkte einer gender- und generationsgerechten Perspektive für die Stadt Berlin</b> .....	<b>6</b>
Almuth Nehring-Venus, Staatssekretärin für Wirtschaft, Technologie und Frauen	
<b>Gender im Abseits des demographischen Wandels Zur wissenschaftlichen und medialen Debatte</b> .....	<b>19</b>
Dr. Ulla Regenhard, Cocotrain, Berlin	
<b>Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt heute und in Zukunft</b> .....	<b>65</b>
Prof. Dr. Jutta Allmendinger und Christian Ebner, Doktorand, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	
<b>Berlinspezifische Ansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels</b> .....	<b>81</b>
Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung	
<b>Zusammenfassung und Schlussfolgerungen aus der Tagung</b> .....	<b>86</b>
Dr. Pia Kaiser und Carola v. Braun, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.	



## Vorwort

Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen dankt

- der **Robert-Bosch-Stiftung** für die Förderung der Fachtagung, die wir unter die Überschrift „Demographischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck? Für eine gendergerechte Gestaltung des demographischen Wandels - Berliner Anforderungen an Politik und Wissenschaft“ gestellt haben;
- unserem Gastgeber, dem **Abgeordnetenhaus von Berlin**, in dessen Räumen wir unsere Tagung durchführen durften;
- **Dr. Ulla Regenhard** für die ideenreiche und gute Zusammenarbeit sowie die wissenschaftliche Betreuung des Konzeptes der Tagung,
- **Dr. Pia Kaiser**, für die Betreuung und Herausgabe dieser Dokumentation im Auftrag der Überparteilichen Fraueninitiative,
- Last not least: **den mitreißenden Referentinnen und Podiumsdiskutantinnen unserer Tagung.**

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern viel Vergnügen und Erkenntnisgewinn aus dem Lesen dieser Broschüre. Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Erkenntnisse aus dieser Fachtagung Eingang in die allgemeine politische Praxis finden.

**Carola v. Braun,**  
Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen

Liebe Frauen der ÜPFI,  
Liebe Konferenzteilnehmerinnen und Gäste,

im Namen der Mitglieder des Berliner Parlaments darf ich Sie wieder einmal sehr herzlich in den Räumen unseres Abgeordnetenhauses begrüßen. Unsere Gastgeberinnenrolle ist inzwischen zu einer guten und festen Tradition geworden.

Auch die heutige zahlreiche Teilnahme an Ihrer Konferenz beweist, dass wir in der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin eine verlässliche, erfolgreiche und sehr engagierte Mitstreiterin in der Diskussion um aktuelle Probleme und Lösungsansätze für die Frauenpolitik an unserer Seite haben. Das verdient Dank und Respekt.

Die ÜPFI meldet sich gemeinsam mit Frauenverbänden und –initiativen regelmäßig zu Wort, bringt Expertinnen zusammen und mischt sich somit ein, wenn es um die Problemaufarbeitung in der Gleichstellungssituation und der Lebensbedingungen und Chancengleichheit von Frauen in der Gesellschaft geht. Das macht sie energisch, stets lebendig und mit Frauenpower untersetzt, wie wir es inzwischen mehrfach erleben konnten.

Der demographische Wandel ist ein Problemfeld von deren Lösung die weitere Zukunft unserer Gesellschaft abhängt. Er umspannt weit mehr Fragen und Inhalte als bislang in der Öffentlichkeit diskutiert wird und hat immense Auswirkungen auf alle Bevölkerungskreise. In diesem Gesellschaftsprozess spielen Frauen eine sehr wichtige Rolle.

Dies näher zu beleuchten, relevante Fragen und Probleme aufzuzeigen und Lösungsansätze zu finden, ist Aufgabe Ihres heutigen Kongresses. Das verspricht eine interessante Diskussion und dazu wünsche ich allen Teilnehmerinnen viel Erfolg und Kreativität!

Vielen Dank!

Almuth Nehring-Venus,  
Staatssekretärin für Wirtschaft, Technologie und Frauen  
Eckpunkte einer gender- und generationsgerechten  
Perspektive für die Stadt Berlin

Sehr geehrte Frau von Braun,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zu Beginn den Initiatorinnen der Überparteilichen Fraueninitiative und der Bosch-Stiftung ganz besonders danken, dass Sie das Thema „Demographischer Wandel und Gender“ aufgegriffen haben, dem auch aus meiner Sicht nicht ausreichend Aufmerksamkeit gewidmet wird. Das ist umso verwunderlicher, weil sich die Herausforderungen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben, nicht angemessen und erfolgreich lösen lassen, ohne die Gleichstellung von Männern und Frauen weiter voranzubringen. Davon bin ich fest überzeugt.

Aus diesem Grund hatte Berlin auch auf der 16. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -Minister in Hamburg die Bundesregierung gebeten, einen Bericht über die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Situation von Frauen und Männern in Deutschland zu erstellen. Bedauerlicherweise wird die Bundesregierung dieser Bitte nicht nachkommen, so dass es auf absehbare Zeit keine Gesamtdarstellung aus gleichstellungspolitischer Sicht geben wird. Sie sagte aber zu, das Thema in anderen, regelmäßigen Berichten, wie den Familienbericht oder den Altenbericht, zu integrieren.

Etwas anders verhält es sich mit dem Thema der generationengerechten Stadt. Die Probleme, aber auch die Chancen, die mit dem Älterwerden der Gesellschaft verbunden sind, bilden anders als die Verknüpfung von Gender und Demographie bereits einen Kern der Demographiedebatte. Allerdings steht auch hierbei die Aufbereitung des Themas nach geschlechterspezifischen Gesichtspunkten noch eher am Anfang.

Bevor ich im Einzelnen auf die aus meiner Sicht erforderlichen Eckpunkte einer gendergerechten Perspektive für unsere Stadt eingehe, gestatten Sie mir bitte eine kurze Einführung in das Thema.

Der demographische Wandel setzt sich im Wesentlichen aus den Komponenten Rückgang der Geburten und Steigerung der durchschnittlichen

Lebenserwartung zusammen. Er ist keineswegs ein neues Phänomen. Die Geburtenzahlen sinken vielmehr bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts, wenn auch mit neuer Dramatik erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Dass es dennoch zunächst nicht zu einem Absinken der Bevölkerungszahl kam (von den Weltkriegen abgesehen), lag an der parallel stark ansteigenden durchschnittlichen Lebenserwartung der Menschen. Erst seit den 70er Jahren übersteigt die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Lebendgeborenen. Durch eine hohe Zahl von Zuwanderungen konnte dies jedoch bezogen auf die absolute Bevölkerungszahl mehr als kompensiert werden.

Neben Zuwanderung und Abwanderung wird die Ausprägung des demographischen Wandels auch durch regionale Wanderungsbewegungen beeinflusst. Die DDR bzw. die neuen Bundesländer verloren von 1950 bis 2001 knapp drei Millionen von ehemals 18,4 Mio. Einwohnern und Einwohnerinnen; von 1989 bis heute waren es 1,5 Millionen. Dieser dramatische Bevölkerungsverlust durch Abwanderung und eine der niedrigsten Geburtenziffern überhaupt sind der Grund dafür, dass die Diskussion um den demographischen Wandel in den neuen Ländern besonders früh begonnen wurde.

Ein Phänomen dabei ist die überproportionale Abwanderung von jungen Frauen, in deren Folge es in den neuen Bundesländern einen erheblichen Überschuss von Männern der Altersgruppe 18 – 34 Jahre gibt. Aus geschlechterpolitischer Sicht ist das ein Thema von besonderem Interesse. Da ich mich aber heute auf die Berliner Situation konzentrieren soll und eine ähnliche Entwicklung hier nicht zu beobachten ist, möchte ich es bei einem Verweis auf die kürzlich erschienene, höchst spannende Studie „Not am Mann“ des Berlin - Instituts für Bevölkerung und Entwicklung belassen. Die Autoren Steffen Kröhnert und Reiner Klingholz untersuchen darin die Gründe für die von Frauen dominierte Abwanderung und die Problematik, die sich durch das Zurückbleiben junger Männer ergibt.

Wie sieht aber die Situation in Berlin aus und mit welcher Entwicklung müssen wir bis 2020 hier rechnen?

Hier zuerst ein kurzer Überblick, mit allgemeinen, noch nicht nach Männern und Frauen aufgeschlüsselten Zahlen, um Sie nicht mit Zahlen zu überschütten. Später werde ich diese im Rahmen der Betrachtung der wichtigsten Handlungsfelder aufführen.

- Berlin hat seit 1990 eine stabile Bevölkerungszahl. Nach der aktuellen Prognose bleibt die Einwohnerzahl der Stadt auch bis 2020 im Wesentlichen konstant. Gleichzeitig verändert sich Berlin ständig. Seit 1991 sind 1,78 Mio. Menschen nach Berlin gezogen und etwa die gleiche Anzahl, 1,72 Mio., von Berlin weggezogen.
- Von den Zugezogenen gehörten mehr als die Hälfte, knapp 57 %, der Altersgruppe der 18 bis unter 35-jährigen an. Von dieser Altersgruppe blieben „netto“ 246.000 in Berlin. Das zeigt in Zahlen die große Attraktivität der Stadt für junge Menschen.
- Seit der Wiedervereinigung spielt der Bevölkerungsaustausch mit dem Umland eine große Rolle. Insbesondere junge Familien mit Kindern haben in großer Zahl Berlin verlassen und sich im Umland angesiedelt. 90% der Zuwanderungen im Umland kamen aus Berlin. Der Trend erreichte mit ca. 30.000 Personen im Jahr 1998 einen Höhepunkt, seitdem sind die Zahlen auf unter 15.000 abgesunken.
- Im Jahr 2020 werden so viele alte Menschen in der Stadt leben wie nie zuvor. Waren es Ende 2002 noch 528.000 Menschen, so wird ihre Zahl bis 2020 auf 675.000 ansteigen.
- Besonders hoch wird der Anstieg der Personen im Alter ab 75 Jahre ausfallen. Ihre Zahl wächst von 223.000 auf 341.000 im Jahr 2020 an. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird dann über 10 % betragen.
- Die Zahl der über 65-jährigen Migranten wird sich auf 60.000 bis 2020 etwa verdoppeln.

## Die Berliner Prognosedaten im Einzelnen

Aus der Geburtenentwicklung und der Entwicklung der Gestorbenen setzt sich die sogenannte „natürliche Bevölkerungsentwicklung“ zusammen. Trotz der gestiegenen Lebenserwartung wird diese für Berlin weiter rückläufig sein.

Anfang August titelte die Berliner Morgenpost „Szene-Kieze sorgen für Babyboom“. Hintergrund ist, dass im ersten Quartal 2007 in Berlin knapp

5 % - bzw. in absoluten Zahlen 310 - Kinder mehr geboren wurden als im Vorjahresquartal. Gegenüber dem Bundesdurchschnitt von plus 0,4 % eine beachtliche Steigerung. Erste Mutmaßungen, es könne sich um Folgen der freudigen Stimmung während der Fußballweltmeisterschaft handeln, hielten einer Nachrechnung nicht stand. Hingegen zeigte sich, dass fast die Hälfte des Zuwachses den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow zuzurechnen ist, dicht gefolgt von Mitte. Es hat also sicher mit den Strukturen in diesen Bezirken zu tun. Ich komme darauf zurück.

Auch beträchtliche aktuelle Zuwächse in den Geburtenzahlen werden nicht ausreichen, um den Bevölkerungsrückgang durch den aktuellen Sterbeüberschuss auszugleichen. Im Zeitraum 2003 bis 2020 ist unter Berücksichtigung der weiter steigenden Lebenserwartung bei Männern und Frauen mit einem natürlichen Bevölkerungsrückgang von ca. 160.000 Personen zu rechnen.

Mindestens in gleichem Umfang wie die natürliche Bevölkerungsentwicklung sind Wanderungsbewegungen, als Zuzug und Abwanderung von Bedeutung. Diese hängen wiederum stark von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Angebot an Arbeitsplätzen in der Stadt ab. Je nach Stärke des wirtschaftlichen Wachstums wird ein Zuwachs von ca. 135.000 Personen bei einer mittleren positiven Entwicklung und von ca. 245.000 bei einer erheblichen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen prognostiziert.

Während Berlin weiter in geringem Umfang Personen an das unmittelbare Umland verlieren wird, ist mit Zuwächsen aus den neuen Bundesländern – ohne Umland – und aus den alten Bundesländern zu rechnen. Ebenfalls stark vom zu erwartenden Wirtschaftswachstum wird der Zuzug aus dem Ausland bestimmt. Die mittlere Erwartung liegt hier bei ca. 162.000 Personen, die zuwandern. Bei besonders guter wirtschaftlicher Entwicklung wird die Zahl der Zuwanderungen auf rund 227.000 Personen geschätzt.

Kurz zusammengefasst lautet die Prognose: Berlins Bevölkerungszahl bleibt stabil, Berlin wird älter. Berlin wird internationaler.

Der Senat hat daher als wesentliche Konsequenz aus dem demographischen Wandel die Weiterentwicklung Berlins als Wirtschaftsstandort gezogen, um den wirtschaftlichen Strukturwandel zu bewältigen und in der Konkurrenz in einer Wissensgesellschaft zu bestehen. Wichtig sind weiter die Qualifizierung

von Erwerbsfähigen und die Gewinnung von innovativen jungen Frauen und Männern sowie eine erfolgreiche Integrationspolitik gegenüber Migrantinnen und Migranten.

Darüberhinaus soll der demographische Wandel bei der Infrastrukturgestaltung der Stadt berücksichtigt werden um eine generationengerechtere Stadt zu schaffen, die die Interessen älterer Menschen wie auch die junger Familien einbezieht.

Das Demographiekonzept des Senats umfasst schwerpunktmäßig die Politikbereiche

- Wirtschaft/ Arbeit
- Bildung und Wissenschaft
- Integration
- Soziales sowie
- Stadtentwicklung.

Zur Zeit werden diese Handlungsfelder mit konkreten Maßnahmen und Aktivitäten untersetzt. Durch eine systematische Anwendung von Gender Mainstreaming soll dabei gewährleistet werden, dass genderspezifische Aspekte und Anforderungen analysiert und berücksichtigt werden.

Demographischer Wandel in Berlin: die Auswirkungen auf die Situation von Frauen und notwendige Konsequenzen

Die zentralen politischen Handlungsfelder bezogen auf den demographischen Wandel sind weitgehend identisch mit den zentralen Schwerpunkten für die Herstellung von mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt, wie sie bereits im Vorfeld der Erarbeitung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms diskutiert worden sind.

Unser Ziel ist es, im Rahmen der Diskussion um die Herausforderungen des demographischen Wandels für die Stadt Berlin die Gleichstellung von Frauen und Männern in Berlin ein wesentliches Stück voranzubringen.

Zwei Ziele bzw. Zielgruppen stellen wir dabei in den Mittelpunkt unserer Bestrebungen: Wir wollen Berlin besonders attraktiv für junge Frauen machen und besonders lebenswert für ältere Frauen.

## **Das erste Ziel: Warum ist es notwendig, Berlin für junge Frauen attraktiv zu machen und was muss dafür getan werden?**

Wie eingangs schon erwähnt, übt Berlin auf junge und kreative Menschen aus Deutschland und anderen Ländern bereits heute eine große Anziehungskraft aus. Eine große Gruppe der Zugewanderten der Altersgruppe der 18 bis unter 35 jährigen ist in den letzten Jahren in Berlin geblieben. Seine Attraktivität gewinnt Berlin durch seine Lebendigkeit und Vielfalt, durch seine Internationalität, sein reiches Kulturangebot, durch die Universitäten und nicht zuletzt durch auch für junge Menschen bezahlbare Mieten.

Ziel einer Politik der Gestaltung des demographischen Wandels muss sein, junge Menschen in dieser Stadt zu halten, ihnen einen angemessenen Raum zur Entwicklung und Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe anzubieten. Das gilt für natürlich für hier Geborene wie für neu Zugewanderte gleichermaßen.

Die Prognosedaten für die Entwicklung der weiblichen Bevölkerung gehen von einem Rückgang der 18 bis unter 25jährigen Frauen von fast 17 %, nämlich von ca. 151.000 im Jahr 2002 auf rd. 126.000 im Jahr 2020 aus. Der Anteil der jungen Frauen mit Migrationshintergrund bleibt dabei nahezu konstant, was bedeutet, dass der Rückgang allein durch weniger deutsche Jugendliche verursacht wird.

Vier Rahmenbedingungen scheinen mir die wichtigsten zu sein: gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, gute Beschäftigungschancen, gute Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gute Wohnmöglichkeiten. Ich will im Folgenden auf einige Aspekte und politische Zielsetzungen eingehen. (Nicht auf alle, dafür reicht die mir zur Verfügung stehende Zeit nicht aus)

**Zum ersten Punkt *Bildungs- und Ausbildungssituation:* Mädchen schließen heute ihre schulische Bildung im Durchschnitt mit besseren Ergebnissen ab als Jungen. Sie besuchen häufiger Realschulen und Gymnasien und haben eine geringere Quote an Klassenwiederholungen. Sie erwerben deutlich häufiger die allgemeine Hochschulreife.**

Diesen Vorsprung verlieren sie mit dem Übergang in die berufliche Ausbildung und von dort in die Erwerbstätigkeit. Immer noch ist der Ausbildungsmarkt stark nach Geschlechtern getrennt. Mädchen finden sich weit häufiger als Jungen in Berufssegmenten mit wenig Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten.

Das gilt für alle Qualifikationsebenen. Hier müssen wir systematisch an einer Erweiterung des Berufsspektrums junger Frauen arbeiten. Einer aktuellen Untersuchung des Kompetenzzentrums Technik - Diversity - Chancengleichheit zufolge orientiert sich die berufliche Bildungsberatung für jungen Frauen immer noch stark an traditionellen Arbeitsgebieten von Frauen und weniger an den Potentialen und Entwicklungsmöglichkeiten, die die jungen Frauen mitbringen. Mädchen müssen schon ganz früh mit Naturwissenschaft und Technik auf eine ansprechende Art vertraut gemacht werden. Es braucht eine bessere, frühere und möglichst anschauliche Information über das Berufsangebot und die gezielte Werbung bei Unternehmen, Mädchen verstärkt auch in technischen Berufen auszubilden. Der Girls' Day, den wir mit immer größerem Erfolg durchführen, ist ein wichtiges Angebot, das allein aber keineswegs ausreicht.

Parallel ist auch die Heranführung von jungen Männern an Dienstleistungsberufe wünschenswert, weil deren einseitige Orientierung hin zu technischen und handwerklichen Berufen ebenfalls dazu beiträgt, dass traditionell einem Geschlecht zugeordnete Berufsbilder nicht aufgebrochen werden.

Von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen unter 25 Jahren hatten nur 59 % eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Fachschul- bzw. Hochschulstudium. Eine erschreckend hohe Zahl von jungen Frauen bleibt in Berlin ganz ohne Ausbildung. Darunter sind viele junge Frauen mit Migrationshintergrund. Für sie ist es besonders wichtig, mit einer qualifizierten Ausbildung und einem Arbeitsplatz die Voraussetzungen für selbstbestimmtes Leben zu erhalten. Gleichzeitig herrscht in Teilen der Bevölkerung nicht-deutscher Herkunft ein besonders traditionelles Familien- und Frauenbild vor, das Frauen spätestens mit der oft sehr frühen Heirat auf den häuslichen Bereich beschränkt. Gemeinsam mit den communities muss darauf hingewirkt werden, dass Mädchen eine qualifizierte Ausbildung bekommen. Auch angesichts des steigenden Anteils von jungen Frauen mit Migrationshintergrund an den Jugendlichen insgesamt sind verstärkte Integrationsbemühungen für diesen Personenkreis von großer Bedeutung.

#### **Zum zweiten Punkt *die Beruflichen Angebote:***

**Bereits an zweiter Stelle der aktuellen Personalprobleme in Berliner Unternehmen steht, dem Betriebspanel Berlin 2006 zufolge, mit 13 % der Nennungen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fachkräften. Diese Situation wird sich durch die oben skizzierte demographische Entwicklung weiter verschärfen. Es ist also nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, wenn alle Anstrengungen unternommen**

**werden müssen, junge Frauen zu qualifizieren. Gut ausgebildete Fachkräfte nützen auch den Bemühungen, Berlin zu einem attraktiveren Wirtschaftsstandort zu machen und die Stärke Berlins als Wissensstadt weiter auszubauen.**

Die beruflichen Perspektiven von jungen Frauen gilt es auch in den Wirtschaftsbereichen gezielt zu stärken, die die Kompetenzfelder Berlin darstellen und Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung darstellen. Für die Bereiche Biotechnologie, Medizintechnik, Verkehrssystemtechnologie, Optische Technologie und Informations- und Kommunikationstechnologie sind Strategien zu entwickeln, wie junge Frauen spätestens bei der Studienberatung gezielt auf die beruflichen Chancen in diesen Bereichen hingewiesen wird und sie auch eine entsprechende Unterstützung von Seiten der Hochschulen erhalten. Mit entsprechender Nachwuchsförderung stellen die Hochschulen ihrerseits ein Beschäftigungsfeld für hochqualifizierte Frauen dar.

Zuden Wachstumsbereichen Berlins zählt vor allem der Dienstleistungsbereich, sowohl der unternehmensnahe Sektor als auch der personenbezogene. Beide stellen ein großes Beschäftigungsfeld von Frauen dar, leider häufig mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, die eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen nicht zulassen. Die wichtigsten Instrumente hier gegen zu steuern, sind die Forderung nach Einführung eines allgemeinen Mindestlohns und die Begrenzung von Mini- und Midijobs. Beide Forderungen werden durch den Berliner Senat aktiv unterstützt.

Der Dienstleistungsbereich ist auch das Hauptterrain, in dem sich heute noch die Existenzgründungen von Frauen abspielen. Wünschenswert ist die Ausdehnung des Spektrums der Gründungen in Unternehmensbereiche, die ein deutlich größeres Wachstumspotenzial aufweisen. Auch dies kann nur gelingen, wenn Frauen früh ermutigt werden, ihre Berufswahl in diese Richtungen zu lenken.

#### **Der dritte Punkt *gute Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf:***

**Der Versorgungsgrad mit Kinderbetreuungseinrichtungen ist in Berlin im Vergleich mit anderen Bundesländern überdurchschnittlich gut und die geplante vollständige Abschaffung der Kitagebühren ein weiterer wichtiger Schritt, die Betreuungsangebote zu obligatorischen Bildungseinrichtungen weiterzuentwickeln.**

Es gibt aber weiteren Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Anpassung der Betreuungszeiten an die Anforderungen einer zunehmend zeitlichen Flexibilität fordernden Arbeitswelt und damit an den wirklichen zeitlichen Bedarf der Eltern. Von Seiten der Politik sind auch die Schulangebote so zu gestalten, dass Eltern auf eine verlässliche Betreuung vertrauen können.

Öffentliche Betreuungseinrichtungen sind aber nur ein Teil der notwendigen Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf. Auch die Unternehmen sind hier gefordert, ihrerseits Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es ihren Beschäftigten ermöglicht, beide Lebensbereiche miteinander zu verbinden. Die von meiner Senatsverwaltung ins Leben gerufene Landesinitiative zur Förderung der Chancengleichheit in der privaten Wirtschaft hat zum Ziel die Berliner Unternehmen für Fragen der Chancengleichheit zu sensibilisieren und die Beschäftigungssituation von Frauen zu verbessern.

#### **Der vierte Punkt *gute Wohnmöglichkeiten*:**

**In Berlin treffen zwei Umstände zusammen, die das Leben und Wohnen in der Stadt in der Regel einfach machen. Die Stadt verfügt zum einen über ein großes, im Vergleich zu anderen Städten wie München oder Hamburg preiswertes Angebot von Wohnraum. Und - Berlin ist eine weltoffene und sehr tolerante Stadt. Das Wort des Alten Fritz, „ein jeglicher soll nach seiner Façon glücklich werden“, ist in Berlin bezogen auf die Entfaltung unterschiedlichster Lebens- und Wohnformen Wirklichkeit geworden.**

Auffallend ist die geringe Bereitschaft von jungen Menschen zu heiraten. Nur wenige Frauen unter 25 Jahren sind verheiratet. Selbst die Geburt des ersten Kindes bestimmt nicht länger den Zeitpunkt der Eheschließung.

Die Bevölkerungsentwicklung Berlins nach der Wiedervereinigung zeigte jedoch, dass Berlin offensichtlich nur in geringem Maß Wohnverhältnisse bieten kann, die von jungen Familien mit Kindern gewünscht werden. Die starke Abwanderung von Familien ins Umland hat die Diskussion in der Stadtentwicklung und in den Bezirken belebt, wie denn ein familienfreundliches Wohnen und ein ebensolches Wohnumfeld aussehen müsste um künftig mehr Familien in der Stadt halten zu können. Gerade für junge, berufsorientierte Mütter (und Väter?) bieten die Möglichkeiten Berlins mit dem breiten Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen eine gute Chance, ohne lange Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit nach der Geburt von Kindern in den Beruf zurückzukehren.

Ich hatte zu Beginn die aktuellen Geburtenzahlen der Bezirke Mitte, Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg erwähnt. Insbesondere der Prenzlauer Berg zeigt anschaulich, was für junge Frauen bzw. Eltern attraktiv ist. Es ist eine komplette Infrastruktur, die nur entstehen kann, wenn sich viele Menschen mit Kindern in einer Gegend konzentrieren. Dabei war der Ausgangspunkt eher zufällig. Viele junge Menschen sind während ihrer Ausbildung in diese Bezirke gezogen und haben sie nicht verlassen, als sie Kinder bekamen. Heute gibt es viele Kinderbetreuungseinrichtungen, Spielplätze, Spielzeugläden, Geschäfte für Eltern und Kinder, Cafés und Restaurants, in denen auch Eltern mit kleinen Kindern gern gesehene Gäste sind. Diese Bezirke können gut als Modell für die Entwicklung weiterer für Familien mit Kindern attraktiver Stadtgebiete dienen.

#### **Das zweite Ziel: Berlin soll besonders lebenswert für ältere Frauen werden**

Zunächst einige Zahlen: Bis 2020 wird die Zahl der Seniorenhaushalte in Berlin um zusätzliche 100.000 ansteigen. Der Bedarf an Plätzen in Pflegeeinrichtungen wird von aktuell 25.000 auf ca. 30.000 steigen. Die unterschiedliche Lebenserwartung von Männern und Frauen führt dazu, dass mehr ältere Frauen in Berlin leben und auch in Zukunft leben werden als ältere Männer. Von den 675.000 Menschen über 65 Jahre, die für das Jahr 2020 prognostiziert werden, werden 388.000 Frauen sein. Besonders stark wird der Anstieg der Personen im Alter von 75 und mehr Jahren ausfallen. Frauen haben daran mit 208.000 einen Anteil von 61 %. Bei Personen über 87 Jahre wird ihr Anteil sogar mehr als doppelt so hoch sein, wie der der Männer. In der Gruppe der 75 – 80-jährigen Frauen ist bereits heute nahezu die Hälfte verwitwet. Die Zahl der freiwillig, oft aber auch unfreiwillig alleinlebenden Menschen, vor allem der alleinlebenden Frauen wird weiter zunehmen. Das Potenzial helfender Angehöriger im Krankheits- oder Pflegefall wird sich verringern.

Leider wird der Prozess der zunehmenden Alterung der Bevölkerung meist nur mit Blick auf den letztgenannten Aspekt und der wachsenden Belastung der Sozialversicherungssysteme durch höhere, durch Krankheit und Pflege bedingte Kosten diskutiert. Die schlichte Gleichsetzung von Alter und Krankheit hat aber nie gestimmt und noch weniger trifft sie zu für die Generation, die 2020 das Alter von 60 – 75 Jahren erreichen wird. Diese künftigen Senioren und Seniorinnen sind die heute 47 – 62-jährigen. Viele von ihnen werden gesünder und aktiver sein als die Vorgängergeneration, die nicht zuletzt

durch Kriegserfahrungen, -verletzungen und –traumatisierungen oder auch durch schwere körperliche Arbeit sich in ihrem Leben mit ganz anderen Belastungen konfrontiert sah, als die folgende Nachkriegsgeneration.

**Was kann Politik tun, um das Leben in der Stadt für ältere Frauen so attraktiv wie möglich zu machen? Zwei Aspekte scheinen mir hier im Zentrum zu stehen: Die Unterstützung und Stärkung der Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen, die ein Leben in Würde ermöglichen, wenn Menschen nicht mehr selbstständig leben können und auf die Hilfe und Pflege Dritter angewiesen sind.**

**Zum ersten Aspekt:** Unterstützung und Stärkung der Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit

Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit sind sicher vorrangig, wenn auch nicht allein, eine Frage des Einkommens. Ältere Frauen gehören momentan nicht zu den von Armut besonders bedrohten Bevölkerungsgruppen (das sind vielmehr die unter 30jährigen). Gleichwohl sind sie von Altersarmut im Vergleich stärker betroffen und beziehen deutlich geringere Renten als ältere Männer.

Laut einer Studie des Zukunftsinstituts lässt sich heute gegenüber den 1960er Jahren die Entstehung neuer Lebensabschnitte feststellen. Zum einen schiebt sich zwischen die Phase der Jugend/ Ausbildung und der Erwerbs- und Familienphase eine Zeit der Postadoleszenz (das Alter zwischen 20 und 30 Jahren), die an dieser Stelle nicht interessiert. Wichtiger ist hier eine neue Lebensphase, deren Entstehung eng verbunden ist mit der gestiegenen Lebenserwartung und eines besseren Gesundheitszustands gegenüber vorangehenden Generationen. Zwischen die Zeit des Erwerbs- und Familienleben und dem Ruhestand entwickelt sich eine Phase, die das Zukunftsinstitut „zweiter Aufbruch“ nennt. Eine Phase, die eben nicht Ruhe bedeutet, sondern im Gegenteil zunehmend Aktivität, neues Lernen – Neugier, Neues ausprobieren, auch neue, alternative Lebensformen, Reisen.

Berlin bietet hier für junge Seniorinnen und Senioren ein breites Betätigungsfeld. Viele, zum Teil für diesen Personenkreis verbilligte, kulturelle Angebote stehen ebenso zur Verfügung wie vielfältige Studien- und Lernangebote der Hochschulen und der Volkshochschulen. Die gute Infrastruktur im Bereich des ÖPNV ermöglicht eine große Mobilität und die

angestrebten Verbesserungen in Bezug auf die geplante Barrierefreiheit von öffentlichen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen wird auch der Bewegungsfreiheit von Seniorinnen und Senioren zugute kommen.

Politischen Handlungsbedarf sehe ich hier vor allem an zwei Stellen. Die Unterstützung der Herausbildung von neuen Lebens- und Wohnformen im Alter, die Alternativen zum nicht freiwilligen Singleleben von älteren, oft verwitweten Frauen bieten, ist sehr wichtig. Es ist interessant zu sehen, dass Initiativen in diesem Bereich häufig von Frauen ausgehen.

Vielen Menschen ist es ein Bedürfnis sich gerade nach ihrer aktiven Erwerbsphase verstärkt für Mitmenschen, die Unterstützung und Hilfe brauchen, einzusetzen. Sie würden dazu gern die Erfahrungen und Kenntnisse, die sie in ihrem Erwerbsleben gesammelt haben, einsetzen. Obschon es vielfältige Angebote für ein bürgerschaftliches Engagement in der Stadt gibt, scheint mir das Zusammenbringen von Angebot und Nachfrage durchaus noch verbesserungsfähig. Und für Frauen beschränkt sich das Spektrum zu sehr auf soziales Ehrenamt; bei Führungsämtern, erst recht sehr angesehenen Positionen, drängt sich der Eindruck auf, sie seien geradezu reserviert für Männer.

Mit der wachsenden Zahl der „jungen Alten“ bieten sich Berlin auf neue wirtschaftliche Chancen, was mir als Wirtschaftspolitikerin besonders am Herzen liegt. Ich glaube, dass der Markt für Produkte, die gezielt die Generation der jungen Alten ansprechen, trotz einiger positiver Beispiele in Berlin noch völlig unterentwickelt ist. Hier kann sich ein interessantes Marktsegment für innovative Unternehmen entwickeln. Gleiches gilt auch für Produkte für den Personenkreis, auf den ich zum Schluss kommen möchte.

**Zum zweiten Aspekt:** Menschenwürdige Betreuung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit im Alter

So lange wie möglich selbstständig und in der eigenen Wohnung leben zu können, ist der große Wunsch älterer Menschen, auch gerade, wenn sie nicht mehr alle Dinge des täglichen Lebens allein regeln können. In vielen Bereichen könnten neue intelligente Produkte, die helfen körperliche Beeinträchtigungen zu kompensieren, wirkliche Erleichterungen im Alltag bringen.

Unter menschenwürdiger Pflege verstehen viele Menschen eine Pflege durch Angehörige, während Pflegeeinrichtungen oft ein schlechtes Image besitzen.

Private Pflege wird meist von Frauen geleistet und dies wird im Moment auch vor allem bundespolitisch sehr gefördert. Allerdings geht die private Pflege sehr stark zu Lasten der pflegenden Frauen sowohl finanziell als auch von den damit verbundenen physischen und psychischen Belastungen. Die sich verändernden Lebensverhältnisse, der steigende Anteil von Menschen, die keine Angehörigen haben oder nicht mehr haben, die deren Pflege übernehmen könnten (und das sind dann wieder meist Frauen), zwingt uns dazu, Einrichtungen zu schaffen, in denen sich Pflegebedürftige nicht abgeschoben und ausgeliefert fühlen.

Auch dieses Thema ist zu groß, als dass ich es hier auch nur annähernd angemessen darstellen könnte. Ich habe mich bemüht die wichtigsten Eckpunkte der Demographiedebatte unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten zu umreißen und will an dieser Stelle mit der Bemerkung schließen, dass die von mir hier aufgeführten politischen Herausforderungen des demographischen Wandels auch in das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm einfließen, das wir zur Zeit entwerfen und Ende des Jahres vorstellen werden.

Wir werden in der Podiumsdiskussion noch Gelegenheit haben, den einen oder anderen Aspekt gemeinsam zu vertiefen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Ulla Regenhard, COCOTRAIN, Berlin

## Gender im Abseits des demographischen Wandels

*Zur wissenschaftlichen und medialen Debatte*

Der Titel hat bewusst kein Fragezeichen, auch kein rhetorisches. Die Aussage ist: Gender im Abseits! Vermutlich würde sich niemand wundern, wenn Gender im Abseits der - beispielsweise - Entwicklung der neueren Nanophysik stünde, und da vermutlich irgendwo in einem sehr sehr toten Winkel. Aber im Abseits, wenn es um die Entwicklung der Bevölkerung geht?? Das sind zunächst zweifelsohne abstrakte Massen, Kennziffern und höchst voraussetzungsvolle Indikatoren, doch verbergen sich hinter Fertilitätsraten, Jugend- und Altersquotienten letztlich Menschen und ihre Lebensbedingungen.

Die Ausgangsthese zu nachfolgenden analytisch-konzeptionellen Überlegungen zu dem „Moloch Demographie“ lautet fernerhin

### **Gender im Abseits heißt nicht: Gender im Aus**

der öffentlichen Debatte und des wissenschaftlichen Diskurses zum demographischen Wandel.

Frauen als Genusgruppe sind diejenigen, die deutlich nicht im Aus sind. In mehrfacher Bedeutung des Wortes nicht. Und eigentümlicher Weise stehen sie partiell im Zentrum, wenn's um Begründungen und Auswirkungen des demographischen Wandels geht. Das wiederum ist nicht wirklich neu, sondern bringt als eine bekannte Konstruktion gängige Zuschreibungen auf der geschlechtsstereotypischen Klaviatur zum Ausdruck.

Neu sind auch nicht die derzeit gängigen Label zur Kennzeichnung des demographischen Wandels. **Es wurde** bereits gewarnt vor Überalterung und Vergreisung, beklagt der „Geburtenrückgang“, zu Felde gezogen gegen geringe Gebärfreudigkeit, verbunden mit schärferem Abtreibungsverbot und Kriminalisierung der Geburtenkontrolle, gefordert ein Verbot von Kondomen, verlangt eine Sonderabgabe für kinderlose Paare. Der dramatische Bevölkerungsschwund – nach zuvor beklagter Überbevölkerung – war kein Unwort, parallel dazu die durch Leben in Großstädten ruinierte Fruchtbarkeit der Frauen keine Absurdität. Ebenso wenig der verkündete Untergang des

Abendlandes, populärwissenschaftlich identifiziert ein „Volk ohne Jugend“! Bevor Herwig Birg auf die mediale Bühne stieg, war und wurde Deutschland bereits im Zentrum eines „demographischen Tiefdruckgebiets“ verortet.

Wann dies geschah? Vor gut 100 Jahren. Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts. Keineswegs waren dies erst oder schon Kennzeichen der Bevölkerungspolitik der Nazis, jedoch praktischerweise zuvor gelieferte Stichworte, die im Repertoire deren Bevölkerungspolitik nicht erst erfunden werden mussten.

Ich möchte Sie in den nachfolgenden Ausführungen zu vier Gliederungspunkten einladen:

1. Worin besteht derzeit der demographische Wandel, worüber reden wir?
2. Warum die mediale Debatte - nicht – zu vernachlässigen ist
3. Zum wissenschaftlichen Diskurs – Thesen und Themenfelder
4. Beobachtungen und Befunde aus dem Blickwinkel der Geschlechterverhältnisse

## 1. Worin besteht derzeit der demographische Wandel, worüber reden wir?

*Wir werden immer älter  
und wir werden immer weniger*

auf diese Formel lässt sich wohl am deutlichsten die gegenwärtige Situation bringen.

Bevölkerungsrückgang - hervorgerufen durch sinkende Geburtenraten (auf gut demographisch: Fertilitätsrückgang) unterhalb des Reproduktionsniveaus der Gesellschaft – bei gleichzeitiger enormer Steigerung der Lebenserwartung machen die Brisanz und Besonderheit gegenwärtig aus. Zwei entscheidende Phänomene, zwei große Trends, treffen aufeinander – und zwar in hiesigen Friedenszeiten. Die Struktur der Bevölkerung verändert sich: Die Bevölkerung Deutschlands altert, es stehen immer mehr älteren Menschen immer weniger jüngeren gegenüber, da die Geburtenrate seit den 70er Jahren deutlich sinkt. Hinter der Veränderung der Bevölkerungszahl und der veränderten Zusammensetzung steht die epochale Abnahme der Geburtenzahl und die ebenso dramatische Erhöhung der Lebenserwartung. Künftig wird es schon

deshalb weniger Geburten geben – da die kleinere Zahl der potentiellen Mütter mit nachhaltiger Wirkung noch kleiner werden wird -, wohingegen die Zahl der Sterbefälle trotz steigender Lebenserwartung zunehmen wird, da auch die stark besetzten Jahrgänge, bekannt geworden als baby-boomer, ins hohe Alter hineinwachsen .

Wenn heute über den perspektivisch hohen *Altersquotienten* geklagt wird, muss an historische Bedingungen erinnert sein: Der gegenwärtig geringe Altenanteil ist heute noch ein *bevölkerungspolitisches Echo des Krieges*, Resultat des 1. Weltkrieges, der auch statistisch mit Kriegstoten und kriegsbedingten Todesfällen sowie Geburtenausfällen seine Marken setzte (Kaufmann 2005 S. 44).

Der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung ist definitiv ein erfreuliches Ereignis. Menschen leben absolut länger und sie können relativ länger gesünder leben<sup>1</sup>. Im statistischen Format ausgedrückt bedeutet dies, dass sich in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung in den vergangenen 120 Jahren mehr als verdoppelt hat. Bei Männern von 36 Jahren (1871/80) auf 76 Jahre (2002/04), bei Frauen im gleichen Zeitraum von 39 auf 82 Jahre (www.zdwa.de).

Eine andere zentrale Größe zur Kennzeichnung der *Struktur* der Bevölkerung ist das *durchschnittliche Alter der Menschen*<sup>2</sup> . Um 1900 betrug es 23 Jahre, im Jahre 2005 bereits 42 Jahre – und für das Jahr 2050 wird es bei 50 Jahren<sup>3</sup> liegen. Das heißt, 50 % der Bevölkerung wird dann über 50 Jahre alt sein. Anders ausgedrückt: Der Altersscheitelpunkt verdoppelt sich folglich innerhalb von 150 Jahren.

Es liegen unterschiedliche Projektionen und Darstellungen zukünftiger Entwicklungen von demographierelevanten Größen wie Bevölkerung, Erwerbspersonen, Arbeitsangebot vor. Für die einzelnen Typen der Szenarien ist auch kennzeichnend, auf welchem Niveau die Höhe der Zuwanderung veranschlagt wird. Über alle Verschiedenheiten hinweg, die ich Ihnen hier ersparen möchte, wird weitgehend übereinstimmend festgestellt:

1 Eine ganz andere Perspektive ist: Entscheidend ist nicht, wie *alt* jemand wird, sondern: *wie* jemand alt wird.

2 Hier angegeben als Median, ein genaueres Maß als der arithmetische Durchschnitt.

3 Nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Statistisches Bundesamt 2006

- Zukünftig werden mehr Frauen – vor allem im ehemaligen Westdeutschland – erwerbstätig werden als heute. Die Frauenerwerbsquote wird folglich auch in Zukunft weiter ansteigen. Stichwort dazu: Mobilisierung der Stillen Reserve – und damit ist die Zielgruppe der „Nur-Hausfrauen“ und der bislang eingeschränkt erwerbstätigen Mütter anvisiert.
- Zukünftig werden mehr alte Menschen im Produktions- und Erwerbsprozess bleiben. Die „projektierte“ Erwerbsquote der Älteren nimmt zu – und das nicht nur wegen der Änderungen im Rentensystem – Stichwort Rente mit 67.

Langzeitprognosen am Arbeitsmarkt sind mehr als schwierig, wenn nicht gar unmöglich, ist doch der Arbeitsmarkt selbst und damit das Angebot an Arbeitsplätzen (für die Ökonomie nachfrageseitig) kaum zu prognostizieren. Anders das (für die Ökonomie angebotsseitige) Erwerbspotential, das die Gruppe der Erwerbsfähigen, also der Erwerbstätigen wie der Erwerbslosen, darstellt. Klar scheint inzwischen jedoch zu sein: Es gibt angesichts des bestehenden Volumens der Erwerbs-/Arbeitslosigkeit und Existenz der Stillen Reserve für die nächsten zwei Jahrzehnte keinen Anhaltspunkt für einen demographisch bedingten Arbeitskräftemangel. Wenn es perspektivisch keinen Arbeitsmangel gibt, schließt dies, wie wir derzeit sehen, durchaus berufs- und sektorenspezifischen Fachkräftemangel ein<sup>4</sup>.

Eine Anmerkung zu einem nicht ganz nebensächlichen Merkmal. In der Demographiedebatte wird das Elend der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung visuell gerne mit der Veränderung der Darstellung von Bevölkerung, Alter und Aufbau verdeutlicht: Von der glattgeränderten Bevölkerungspyramide zum ausgefledderten und zerzausten Tannenbaum, von der Pyramide zur Urne – so der Abgesang. Diese Alterspyramide stellt die so genannte Altersgliederung der Bevölkerung dar – unten die Jungen – oben die Alten<sup>5</sup>. Regelmäßige Alterspyramiden galten und gelten als Hinweis auf ein junges Volk, unregelmäßige dagegen auf anormale Verhältnisse.

<sup>4</sup> vgl. näher Kistler 2006: Mythos I: Der demographische Wandel führt schon bald zu einem spürbaren Arbeitskräftemangel. S. 39-72

<sup>5</sup> Erstmals ist ein solches statistisches Modell dargestellt auf der großen Ausstellung über Gesundheitspflege, Sozialfürsorge und Leibesübungen – Gesoloei – 1926 in Düsseldorf vorgestellt worden und verkündete „Vom Werden und Vergehen des Deutschen Volkes“. Die ersten wissenschaftlichen Modelle in ihrer künstl. Darstellung sahen unten Wiegen, dahinter krabbelnde sitzende Kinder, Schulkinder und schließlich Greise waren zu sehen, letztere wurden durch eine gebückte Haltung charakterisiert. Vgl. den instruktiven Aufsatz von Sybilla Nikolow 2002

Ein gleichförmiger Tannenbaum, eine Edeltanne oder die Pyramide ist schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr gegeben. Sie stellt zudem mitnichten eine „ideale Altersstruktur“, eine die als normal angesehen werden kann. Hohe Kinder- und Jugendsterblichkeit drückt sie aus – und hohe Lebenserwartungen für nur wenige. In dem Maße, wie mit zivilisatorischem und gesellschaftlichem Fortschritt Kindersterblichkeit überwunden ist, nimmt die Pyramide eine im unteren Bereich schmalere und damit unförmigere Gestalt an.

2050 soll nach der letzten Statistik<sup>6</sup> in der mittleren Berechnungsperspektive Deutschland so viele Einwohner wie 1950 haben.

## 2. Warum der mediale Diskurs - nicht – zu vernachlässigen ist

Die Begleitmusik für das – nicht hier, aber in jeder Abhandlung - beeindruckend präsentierte Zahlenwerk nebst Grafikgebirgen aller Formationen ist auf den medialen Bühnen deutlich in Moll geschrieben, versetzt mit Weltuntergangsszenarien und neuen Bombendrohungen, die auf demographischem Terrain, genauer der „demographischen Zeitenbombe“ und mit der „Zeitbombe Mensch“<sup>7</sup> daher kommen. Alarmistisches Getöse, apokalyptische Visionen, die den „Kampf der Kulturen“ nun mit dem „Krieg der Generationen“ demographisch untermauern und überformen. Der „Aufstand der Alten“, projiziert im TV für das Jahr 2030 und im Jahre 2007 gesendet, trug nicht minder dazu bei, die Altersdebatte zu einer Angstdebatte zu machen.

Vergreisung der Gesellschaft qua Rentnerschwemme sind in diesem Verständnis die eine Seite der Medaille, während die andere eine durch Geburtenschwund markierte „demographische Zeitenwende“ (Birg 2005)

<sup>6</sup> vgl. 11. Bevölkerungsvorausberechnung, Statistisches Bundesamt (StaBuA) 2006a

<sup>7</sup> Sehr plastisch beschrieben bei Dürr (2005): „Die Menschen vermehren sich heute so schnell wie nie zuvor. Jedes Jahr kommen fast 100 Millionen hinzu. Der entscheidende Faktor für das Überleben der Menschheit ist aber nicht nur die Anzahl ihrer Mitglieder sondern deren jeweiliger Verbrauch von Ressourcen und Energie. So sind es vor allem die Industrienationen, die bedenkenlos Raubbau betreiben. Die „Zeitbombe Mensch“ wird in den hochproduktiven Wohlstandsländern der „1. Welt“ scharf gemacht. Hier herrscht der schizophrene Glaube vor, auf dem Raumschiff Erde könnten immer mehr Menschen leben, die dazu auch noch immer mehr konsumieren. Zum ersten Mal in seiner Geschichte besteht die Gefahr, dass die Erde für den Menschen zu klein wird.“

eine neue Epoche hervorbringt.

Von einer öffentlichen Debatte zum demographischen Wandel, basierend auf Analysen und konstruktivem politischen Gestaltungswillen, kann in Deutschland kaum die Rede sein<sup>8</sup>. Zunächst ignoriert und verdrängt – alsdann maßlos übertrieben und höchst selektiv ausgewalzt. Plötzlich wussten es alle, was Demographie für Deutschland bedeutet: Dramatische Altersquotienten, nahezu uralte werdende Menschen bei gleichsam aussterbender Bevölkerung aufgrund sinkender Fertilitätsraten.

Phase 1 der Debatte: Der proklamierte Arbeitskräftemangel. Der „Raum ohne Volk“ war entworfen und zudem assoziiert mit leergefegten, nun zu spät geräumten Arbeitsmärkten. „Voll“-Beschäftigung mit neuer Bedeutung. Phase 2: Der Geburtenmangel – und zwar als deutsches Phänomen. Dazu jedoch später. Der Spiegel stimmte visuell ein, Babykörbchen mit rosa und blauer Ausstattung, davon drei von vier gähnend leer, auf immer und nimmer würde darin ein Neugeborenes zu sehen sein. Wenn der zunächst überzogenen medialen Debatte freundlicherweise was Gutes bescheinigt werden soll, dann dass auf diese Weise so etwas wie ein demographischen Wandel überhaupt zur Kenntnis genommen wurde, dass von einer Entwicklung Notiz genommen werden konnte, die von den Demographen schon seit Jahrzehnten ausfindig gemacht war. Das weniger Erfreuliche: Der Eindruck ist kaum von der Hand zu weisen, dass in der panikevozierenden Darstellung Demographie als Legitimationsfaktor für Politiken funktionalisiert wurde. Demographisierung der Politik ist wiederum auch keine neue Erfindung, historisch war dies schon mehrmals en vogue<sup>9</sup>. Einschnitte ins Rentensystem, die Agenda 2010 fanden just in 2003 mit Veröffentlichung der Enquete Kommission „Demographischer Wandel“ statt. Einschneidende Reformen in die Sozialversicherung, bisher politisch nicht salonfähig (vgl. Kaufmann S. 31) konnten demographisch legitimiert durchgewunken werden.

Frank Schirrmacher, seines Zeichens FAZ-Herausgeber und prominenter Vertreter der baby-boomer mit intellektuell verschärftem Gespür für gesellschaftliche Fragen in neokonservativer Aufklärungsabsicht, rückt der Demographie mit „Methoden alternativer Kriegsführung“ auf den Leib. Er ist Autor des „Methusalem Komplott(s)“ ebenso wie der Monographie

8 In vergleichbaren westeuropäischen Industrieländern, wie beispielsweise in Frankreich, gibt es eine offensive und klare wissenschaftliche Demographiedebatte, die sich auch in den Medien, in der öffentlichen Diskussion, adäquat produktiv und transparent niederschlägt.

9 Vgl. insb. Butterwegge 2006

„Minimum“, verkündet darin als postreformistischer hardcore-Demograph letztmalig verbleibende Möglichkeiten der „geistig-moralischen Wende“. Im ersteren Buch alles in der hehren Absicht geschrieben, eine humane Lanze für die Alten zu brechen. Denn schon heute, so weiß er als Komplott-Erfinder, hat „jedes kleine Mädchen, das wir auf den Straßen sehen, eine Lebenserwartung von 100 Jahren!“. Das hat seinen Preis, der Absturz ins Verderben, „Altersrassismus“ werde um sich greifen – und: „Gesellschaft und Kultur werden so erschüttert sein wie nach einem lautlosen Krieg“. Und, falls es Assoziationsprobleme gibt: „Deutschland wird älter und zahlenmäßig schwächer werden - nach Schätzungen der UNO im Jahre 2050 um zwölf Millionen Menschen. Das sind mehr als die Gefallenen aller Länder im Ersten Weltkrieg. Im Tierreich wäre diese Population zum Aussterben verurteilt.“ Schirrmacher will nur „Übersetzer sein“, denn „Vor dem Begreifen des Problems steht dieses graue Nebelgebirge von Zahlenmaterial, das die Leute abschreckt“ (Tagesspiegel v. 28. März 2004). Dank seiner Übersetzung besteht nun Klarsicht, die sogleich Anschlußfähigkeit verspricht. Konnten wir uns noch vor überschaubarer Zeit die Geschichte von den blühenden Landschaften erzählen lassen, hören wir nun, dass „unsere Kinder (so es noch einige geben sollte U.R.) wieder Zeitgenossen von Wölfen werden“ und bald große Teile Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns an die Natur zurückfallen werden. „In den nächsten Jahrzehnten werden im Osten, wenn Sie die Zahlen auf Städte umlegen würden, ganz Dresden, Leipzig und Erfurt verschwinden...“(ebenda).

Wir lernen: Wölfe ja, die gibt es und potentielle Eltern nein, oder kaum noch. Im Verbund mit Herrn Herwig Birg, ein Quasi-Kollege von Herrn Schirrmacher, wird sodann logisch geschlussfolgert, dass auch die beste Familienpolitik nichts mehr bringt, weil Eltern als Adressaten schlichtweg fehlen.

### **Woher kommen die Kinder – die alte Frage neu gestellt - bzw. nun: warum nicht mehr?**

Genau, unschwer zu erraten, doch geradewegs grotesk, im 21. Jahrhundert ist es der *Feminismus*, an dem es liegt bzw. *dem sie nicht liegen, die Kinder*.

Ich erspare Ihnen und mir eine Auseinandersetzung mit weiteren Autoren und Autorinnen in diesem Zusammenhang, nenne exklusiv und beinahe beliebig Flöttmann, Susanne Gaschke - die seriösere Variante der populistischen Eva Hermann -, welche offensichtlich sich selbst dem „Wahn nach unbegrenzter Selbstverwirklichung (Herrmann)“ verpflichtet fühlt.

Katja Kullmann<sup>10</sup> oder andere könnten folgen. Bislang – so ist wohl unstrittig – fühlten sich durchaus Frauen von E. Hermann angesprochen<sup>11</sup>. Und selbstverständlich stellte sich zum 100. Male wieder und nochmals ganz neu das alte Thema der Kinderbetreuung, bei den Eltern oder als Fremdbetreuung, bzw. auf gut deutsch übersetzt: „Glücke contra Karrierefrau“ (Sadigh 2007). Und zu allem Überfluß rundet eine Frau Müller im Saarland, dort auf links gepolt, das Frauen- und Familienbild im reinsten Fahrwasser konservativer Prägung ab<sup>12</sup>.

Schirmmacher bringt die demographische Entwicklung in „Minimum“ auf besondere Weise mit der Gesellschaftskrise ursächlich – und vor allem – perspektivisch in Verbindung<sup>13</sup>. Die Theorie ist: Es geht um das eine, Hauptsache es gibt Familie, Hauptsache es gibt Frauen. Sie waren schon immer wichtig, jetzt aber sind sie überlebensnotwendig. Sie sind die einzigen, die das haben, was **jetzt** zwingend und unabweislich ist, um die einzigartige „Überlebensfabrik Familie“ zu erhalten. Sie werden in ihrer biologischen Fähigkeit – Kinder zu gebären – und der ihnen eigenen oder doch zumindest zugeschriebenen Weiblichkeit, gebraucht, sie sind das Geschlecht der Zukunft, das im Gegensatz zu Männern das Haupterbe der Evolution überhaupt und dies zudem treuer zu verwalten in der Lage ist. *Kulturpathologisch?* Naturalistisch und fundamentalistisch schwer eingefärbt. Aber, in moderner emotional kompetenter Verbalisierung.

Selbstredend ist bei Schirmmacher kein „zurück-an-den-Herd“ à la Flöttmann und Konsorten bzw. Konsortinnen aufzutun. Aber hier der Appell an die allumfassende Kompetenz der Frauen, die dazu auserkoren sind, die „alles entscheidende Rolle (zu) spielen“, die mit Familie die Gesellschaft vor dem

10 Susanne Gaschke, Jahrgang 1967, rechnet in ihrem Buch „Die Emanzipationsfalle“ mit Feminismus als „Schuldige“ ab, ebenso ihre Journalistinnenkollegin Katja Kullmann – Favoritin der Generation Z.

11 Nach ihrem „Mutterkreuzfeldzug“ jedoch könnte durch positive Bezugnahme auf Familienpolitik der Nazis im September 2007 eine andere Verkaufsaufgabe ihrer Bücher erfolgen.

12 Müller übernimmt bruchlos das neokonservative Geplärr inklusive der neu hochstilisierten Klasseneinteilung zwischen Kinderlosen und Nicht-Kinderlosen, so dass im Interview die Überlegung geradewegs angebracht war, inwieweit Frau von der Leyen und jene die Parteibücher zu wechseln hätten bzw. schon gewechselt hätten. (Der Spiegel 31/2007 - 20. Juli 2007).

13 Sein zu lösendes Problem ist kein geringeres als „das Problem der Welt“, dass heute für ihn „Raum ohne Volk heißt“. Die ökonomisch unverfänglichere Version liefert die Kommission der EU: Noch nie hat es „Wirtschaftswachstum ohne Bevölkerungswachstum gegeben“.

Untergang zu retten in der Lage sind. Das ist ganz so neu nicht, doch geht es diesmal um mehr, im Minimum. Die Menschheit wird mit zunehmender Kinderlosigkeit und dem langsamen Verschwinden der Familie die Bereitschaft zu Hingabe und Fürsorge verlieren, es fehlt an „social ware“ in doppelter Hinsicht: Frauen werden sozio-emotional aufgewertet und gleichsam als Gebärende funktionalisiert, so mein knorziges Resümee, die den „ausgehenden Rohstoff Kinder“ liefern und als omnipotente Krisenmanagerinnen in und mit Familie der Gesellschaft den sozialen Kitt zur Verfügung stellen. Natürlich geht es nicht um Frauen – es geht um die bröckelnde Gesellschaft, um Zerrissenheit und fehlenden (Gemein-) Sinn. Glockenhell erklingt der Appell an die bekannten Kompetenzen! „Alles, was einer schrumpfenden Gesellschaft fehlen wird – soziale Kompetenz, Einfühlung, Altruismus, Kooperationen – vereinen Frauen auf sich...“

Familienfunktion im natürlichsten Ursprung, Mythos pur – zeigt die mediale Debatte, mitgetragen von intellektuellem doch schwächelndem Format. Blut ist eben dicker als Wasser - und - völlig unbelastet jeglicher zivilisatorischer und kultureller Modernisierungs- und Erosionsprozesse, beschwört der Mythos familiale Urzeitlichkeit, eine heilige wie grausame Familie, die es zu gründen, zu erhalten, zu pflegen gelte – ein Plädoyer, das keine Frage nach dem WARUM ist es so, wie es ist, zulässt. Um die Demographie rankt sich eine Debatte<sup>14</sup>, die schon allein deshalb nicht vernachlässigt werden kann, weil antifeministische Haltungen unterschiedlicher Couleur die typisch deutsche Auseinandersetzung zu Geschlechterverhältnissen prägen, welche offensichtlich nur polar und dichotom gedacht werden können.

Ein „Wachet-auf-Traktat“ schrieb Wolfgang Kemp (2006) zu Minimum. Denn, die Frauen sind es, die aufwachen sollen. Die Gesellschaft möge sich der „Rettung durch Frauen“ – last call – bewusst werden. Mechthild Jansen hat seinerzeit in brillanter Auseinandersetzung mit Schirmmacher auf dessen intellektuellen Riecher für gesellschaftliche Krisen hingewiesen, den historischen Verlierer „Mann“ gesellschaftlich analysierend. Es gibt keinen Krieg mehr zu gewinnen, nach althergebrachter Art, der die Krise des modernen Mannes im Sinne der Re-Traditionalisierung von Männerherrschaft löst. Doch manch einer, wie Peter Longmann auf der internationalen Bühne, sieht explizit im Geburtenrückgang Restaurierungschancen und ein Comeback der Herrschaft des Patriarchats (vgl. Steinberger 2006, Longmann 2006).

14 Fehlen darf dabei nicht Matthias Horx, Zukunftsforschung. Er sieht das Jahrhundert der Frauen. Frauen werden eine wenn nicht die entscheidende Rolle für die Zukunftsfähigkeit des Landes spielen – nicht nur mit Blick auf die Demographie – sondern auch hinsichtlich ihrer ökonomischen Nutzbarmachung und Verwertung.

### 3. Zum wissenschaftlichen Diskurs –Thesen und Themenfelder–

#### *Demographie- oder Modernisierungsfalle?*

Von ersterer zu reden ist trotz enorm erhöhter Lebenserwartung der Bevölkerung und veränderter Proportionen von alt zu jung nicht berechtigt – von letzterer auszugehen hingegen angemessen Hinter der vermeintlichen Demographiefalle<sup>15</sup> verbirgt sich im wesentlichen eine handfeste **Modernisierungsfalle** deutscher Machart – so meine **These**. Sie ist **genderfundiert**. Gender – im ernstzunehmenden Sinne - und demographischer Wandel ist noch nicht durchgedacht – Gender als Analysekategorie im mainstream nicht angekommen, ist bedeutungslos. Dabei haben wir es – hätten wir es – mit zwei großen Querschnittsthemen zu tun – denen es an Komplexität wahrlich nicht mangelt.<sup>16</sup>

Forschungen zu Ursachen und Auswirkungen des demographischen Wandels liegen derzeit breit gefächert vor. An Masse und hochvolumigen Forschungsprojekten mangelt es nicht. Schließlich sind die Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitsmärkte, Stadt- und Kulturentwicklung, Sozialsysteme und staatliche Transfers, auf private Lebensformen wie Familien und andere soziale Gemeinschaftsformen nicht von der Hand zu weisen. Fachtagungen und Konferenzen schießen derzeit wie Pilze aus dem Boden. Die demographische Herausforderung entwickelt sich zu einem neuen Geschäfts- und Politikfeld. Fragen der Potentiale DER Alten - und bei dieser Bevölkerungsgruppe scheint's ohnehin klar zu sein, dass es

15 Unter Demokratiefälle firmiert einiges – von der nunmehr unternehmerischen Entdeckung des vernachlässigten Humankapitals der älteren Beschäftigten bis zu solchen Lösungsvarianten, die in krankenkassenfinanzierter künstlicher Befruchtung ungewollte Kinderlosigkeit beseitigen und so auch höhere Geburtenraten hervorbringen (vgl. exemplarisch Pieper 2007; Hesener 2007).

16 Das liegt in der „Natur der Sache“. Demographie ist vorwiegend Beschreibung und Analyse der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Struktur und ihres Volumens, ihrer Entwicklungsdynamik und der sie prägenden Kennzeichen ist – vorzugsweise abgebildet in jener Alterspyramide. Sie kommt in erster Linie in hochprozentige Datenmengen, statistische beschreibend, modelltheoretisch belegt, daher. Es wird – fast immer – richtig gerechnet, an Zahlenmaterial und umfangreichen ebensolchen Daten- und Zahlenbergen mangelt es wahrlich nicht. Zahlen stehen ja noch nicht per se für „abgebildete Realität“. Sie sind auch lediglich das Resultat dessen, WAS gemessen wird. Nur wer fragt, kriegt Antworten, oder: You get what you measure. Keine Frage – kein Ergebnis in dieser Sparte. Zudem stehen diesen ungeheuerlich elaborierten Modellrechnungen keine vergleichbaren demo-ökonomischen und demo-sozialen Modelle gegenüber (vgl. Kaufmann 2005 S. 36).

sich um geschlechtslose Wesen handelt - werden identifiziert. Die Älteren stehen als marketingrelevante Zielgruppe bevorzugt im Zentrum, werden ausgemacht als silver generation und best consumer, die in großer Anzahl nicht nur für den Verkauf von Heizdecken auf Kaffeefahrten ansprechbar sind. Die Generation 50 plus wird nicht als die knausrige wie altbackene Rentnergeneration, sondern als zahlungsfähige ins Visier genommen. Neue Märkte tun sich auf.

Im wissenschaftlichen Diskurs geht's im Gegensatz zur vorherigen Debatte hinsichtlich der Frauen- und Geschlechterfrage moderater zu. Pointiert gesagt: Kein Sexismus – keine Emanzipationsschelte, eher gezähmter Alarmismus. Die gängigen Wissensbestände setzen auf traditionelle Solidität der Analyse.

#### *Nicht moderat hingegen ist:*

Es besteht im wissenschaftlichen Diskurs **ein Genderlack**, es gibt kein Gender im mainstream, geschweige denn eine systematische Analyse nach dem politisch hochgehandelten Prinzip des gender mainstreaming<sup>17</sup>.

Geschlechtsspezifische Differenzierungen in der Hinsicht, als ein analytischer Zugriff auf die Geschlechterverhältnisse im Sinne des Gender mainstreaming in soziodemographischen Analysen erfolgen, liegen meines Erachtens nicht vor. Das ist kein Lapsus. Der mainstream qualifiziert sich im demographischen Diskurs deutlich im bekannten traditionellen androzentrischen Muster. Die Demographie ist blind für die Geschlechterverhältnisse. *Man* könnte meinen, sie scheut die Geschlechterverhältnisse wie der Teufel das Weihwasser.

Ich möchte die **These der ausgeblendeten Geschlechterverhältnisse** genauer beschreiben und modifizieren. Es kündigen sich Veränderungen an:

1. Ein kurzer Blick in gegenwärtige Standardwerke der Demographie. Dazu zählen zweifelsohne die Arbeiten des Soziologen Franz-Xaver Kaufmann – hier vor allem „die schrumpfende Gesellschaft“ (Kaufmann 2005), ein Nachschlagewerk vor allem für Politik und Experten, die des Bielefelder und höchst medial agierenden Bevölkerungsforschers Herwig Birg oder die von Meinrad Miegel. Die Solidität der Arbeiten steht außer frage - dennoch muten Begrifflichkeiten bspw. bei Kaufmann wie „Schicksalsraum“ (ebenda, S. 25), wenn es um Fragen der Zuwanderung geht, seltsam an. Das

17 Offensichtlich aber nur dann, wenn's in der Überschrift steht.

Prinzip der demographischen Nachhaltigkeit durch zu wenig geborene Kinder werde verletzt, eine Verletzung, die eine intergenerationelle Gerechtigkeit infrage stelle. Die deutsche Bevölkerung lebe seit mindestens einer Generation über ihre Verhältnisse –da sie nicht für genügend Kinder gesorgt hat. Die demographische Frage stellt sich bei ihm als „Fertilitätsabbruch“ dar: Die Millionen nichtgeborener Menschen fehlen als qualifizierte Menschen und als Arbeitskräfte und diese wiederum als Väter und Mütter, die ihrerseits potentiell in der Lage wären, Kinder und Humankapital zu produzieren. Geburtenrückgang ist Investitionslücke und folglich fehlendes Humanvermögen, das erneut niedrige Fertilität produziere... „Die Investitionslücke in das deutsche Humankapital infolge der unter dem Reproduktionsniveau liegenden Fertilität während der letzten 30 Jahre darf ... auf mindestens 4800 Milliarden DM oder 2500 Mill. Euro geschätzt werden“ (ebenda, S. 82). Geschlechterpolitische

Töne klingen humankapitaltheoretisch eingefärbt an, bleiben folglich zurückhaltend, aber in altbewährter Manier in der Küche bzw. jetzt im Bett stecken; Emanzipationsansprüche der Frauen und berufliche Barrieren bei Kinderfragen werden bei aller Priorisierung der Ökonomie nicht übergangen, sondern angesprochen. Keine Soll-Belastung auf dem Konto des Feminismus und der Emanzipation. Birg, Schöpfer der „demographische(n) Zeitenwende“, fokussiert eben auf jene, da trotz ökonomisch anvisierter Maßnahmen „die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung weiter(geht), so lange eben pro Frau oder Paar zu wenig Kinder geboren werden“ (Spiegel special 8/2006 S. 25 ).

2. Im Jahre 2003 ergab eine Analyse der Sichtung zentraler Veröffentlichungen der „Forschungsverbände im Förderschwerpunkt Demographischer Wandel“, dass Gender-Aspekte in keinem Fall im Mittelpunkt der Untersuchungen standen<sup>18</sup>. Aber – und das ist wesentlich: Es werden und wurden damals und heute - mehr denn je - Gender-Bezüge thematisiert: teilweise verstreut, manchmal explizit - oft auch implizit verbleibend. Geschlechterdifferenzierende Berücksichtigung – nicht nur in Statistiken – kommen inzwischen in vielen Studien und Projekten auch interpretierend vor. Erwähnt seien hier Untersuchungen aus dem DIW<sup>19</sup>, dem WZB<sup>20</sup>, dem

18 vgl. Goldmann u.a. 2003  
 19 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.  
 20 Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

IAB<sup>21</sup>, Stiftungen wie Robert Bosch und Bertelsmann, Analysen des demographischen Instituts in Rostock<sup>22</sup>. Sie allesamt betonen nachdrücklich und unmissverständlich, dass weiter gehende Forschung in diese Richtung dringend geboten sind.

3. Inzwischen liegen – jenseits des mainstreams – einige Abhandlungen vor<sup>23</sup>, die den demographischen Wandel aus Sicht der Frauen, aus Blick der Geschlechterverhältnisse analysieren. Die Frauen- und Geschlechterforschung eröffnet ihrerseits das Thema, das sie bislang eher verschlafen oder neutral gesagt: erfolgreich marginalisiert hat<sup>24</sup>.

### **Warum Gender in den demographischen Wandel integriert werden muß?**

Die einfache Antwort lautet: Weil Gender drin ist – jedoch ausgeblendet, analytisch und konzeptionell nicht ans Tageslicht befördert ist.

Der demographische Wandel basiert auf der Ungleichheit der Geschlechter. Das macht die Qualität dieses Verhältnisses aus, welches aber nicht oder kaum hinreichend zur Kenntnis genommen wird. Weder von Politik noch in Forschung. *Warum ist Gender Mainstreaming in einer gesellschaftspolitisch relevanten Angelegenheit Deutschlands nicht üblich, offensichtlich kaum vorstellbar?*

Die gegenwärtige demographische Konstellation erfordert und erzwingt nachdrücklich eine kritische Analyse und Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse von Frauen und Männern, die in Gesellschaft, in Strukturen, Gesetze und (Alltags)Kultur eingelassenen und eingeschriebenen Geschlechterverhältnisse<sup>25</sup>. Diese Perspektive ist aus verschiedenen Gründen ohnehin angesagt, doch im Demographiekontext vor allem deshalb, will man/frau/Deutschland nicht in der genderbasierten Modernisierungsfalle verharren. Meine These ist, dass für eine nachhaltige

21 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg.  
 22 Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demographischen Wandels; Zentrum für Demographischen Wandel  
 23 vgl. insb. Berger u.a. (2006), Land Nordrhein-Westfalen (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration), Düsseldorf 2006; Schroeder 2007  
 24 vgl. dazu insbesondere den Beitrag von Kahlert 2006 S. 295ff.  
 25 Frigga Haug (2003) spricht von der „Einspannung der Geschlechter in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse“.

Gestaltung des demographischen Wandels ein im sozialen Kontext neu auszutrierendes Geschlechterarrangement zum Dreh- und Angelpunkt zukünftiger Entwicklung wird. Unter der damit verbundenen Modernisierung der Geschlechterverhältnisse ist primär die öffentliche und private Neu-Strukturierung traditioneller Arbeits- und Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, mit Blick auf emanzipatorische Perspektiven, zu verstehen.

Ich möchte im Nachfolgenden exemplarisch *weiße Flecken, Themenfelder aufzeigen, die auf die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse für den demographischen Wandel hinweisen*. Eine Verbindung besteht, ist aber nicht aufgedeckt. Als nicht sichtbar entspricht sie einer Form der verschleierte Wirklichkeit, analytisch ignoriert und politisch nicht zur Kenntnis genommen.

- Geschlechterasymmetrie Arbeitsmarkt: Wie kann vor dem Hintergrund der Geschlechterasymmetrie auf den Arbeitsmärkten die steigende Erwerbsbeteiligung und Integration von Frauen in Arbeitsmärkte erfolgreicher verlaufen? Über Jahre hinweg ist die geschlechtsspezifische Segregation in Deutschland sehr stabil – hinsichtlich Einkommen, Positionierung, Aus- und Weiterbildung, Berufsverlauf, Macht- und Entscheidungskompetenzen, Arbeitszeiten. *Entwicklung der gender gaps auf Arbeitsmärkten*.
- Verstärkte Erwerbsbeteiligung bedeutet auch mehr Konkurrenz um Arbeitsplätze in qualifizierten Segmenten. Welche professionellen Tätigkeiten werden durch neue Arbeitsmärkte etabliert werden, am besten solche, die sich durch mehr Chancengerechtigkeit auszeichnen?
- Wie wird eine gleichberechtigte Teilhabe als Voraussetzung für materiale Chancengleichheit vor dem Hintergrund unfreiwilliger Nichterwerbstätigkeit und erzwungener Teilzeitarbeit für Mütter hergestellt und organisiert werden?
- Geschlechterasymmetrie und Beruf: Wie kann das starre Korsett der Frauen- und Männerberufe geöffnet werden? Berufsspezifische Analysen liegen nur unzureichend vor – dies um so dringlicher, als ein verändertes Niveau und andere Strukturen im Arbeitsplatzangebot für Frauen zu erwarten sind.
- Geschlechterasymmetrie und Stigmatisierung: Für Mütter bestehen enorme Barrieren am Arbeitsmarkt, vor dem Hintergrund, dass für Frauen die Türen ohnehin verschlossener sind. Das gesellschaftliche Leitbild von Frauen – und Männern – hat enorme Prägekraft auch für den Arbeitsmarkt, es reproduziert sich hier. Die faktische Kraft

des Normativen, des Bildes von Frausein gleich potentiell Muttersein und Arbeitsmarktsegmentation sind im demographischen Kontext zu beleuchten<sup>26</sup>.

- Geschlechterasymmetrie und Arbeit: Eine verstärkte Integration setzt neue Aushandlungsprozesse für die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse, der bezahlten und unbezahlten Arbeiten, der privaten und öffentlichen Anteile – voraus. Es gibt *viel versprechende Modelle* v.a. in den nördlichen Nachbarländern – die *transferierbar* zu machen sind.
- Eine Angleichung der Berufsbiografien zwischen den Geschlechtern existiert, bei aller Differenzierung, ebenso die Erodierung der Normarbeitsverhältnisse. Die Lebensentwürfe von Frauen und Männern werden immer vielfältiger, Stichwort Individualisierung der Lebensbiografien. *Welche Geschlechterarrangements mit Blick auf die Reproduktion der nachfolgenden Generationen* sind erforderlich?
- *Ungleichheiten der Erwerbs- und Lebensbiographien*, auf welche Weise kumulieren die erlebten ökonomischen und sozialen Benachteiligungen Konsequenzen im Alter? Ursachen, Folgen und Bewältigung für die *harte Formel: Das Alter ist weiblich!*
- Geschlechterasymmetrie: Armut und Alter? Versorgung und Lebensformen im Alter. Wie aber leben alte Frauen – wie alte Männer<sup>27</sup>? Wer pflegt, wer lässt pflegen, wer kann sich Dienstleistung kaufen? Pflege für Alte und Kranke kann nicht als *doppeltes Care-Paket für Frauen* geschnürt werden – doch sind für 80% der privaten Pflegedienste derzeit Frauen, Töchter, Schwiegertöchter zuständig.
- *Alternde Belegschaft und Verlängerung der Erwerbsarbeitszeit* –Wie gehen diskontinuierliche Erwerbsverläufe und prekarierte Arbeitsverhältnisse mit verlängerten Erwerbsarbeitszeiten einher? Wie werden *ältere Frauen* in den Arbeitsprozess kompetent re-integriert und weiterbeschäftigt?
- Geschlechtsspezifisches *AGE Management*: Wie sehen geschlechtsspezifisch ausgerichtete betriebliche Personal-, Organisations- und Weiterbildungskonzepte aus? Weiterbildung für Ältere befindet sich derzeit in erfolgreicher Flaute – und geschlechtsspezifisch ausgerichteten Konzepten für Personalentwicklung der Älteren sind nicht mal ein Thema.

26 So sind auf betrieblicher Ebene familienpolitisches Maßnahmen, wie seinerzeit der Erziehungsurlaub, als personalpolitischer Puffer genutzt worden.

27 Nach aktuellen Darlegungen des deutschen Instituts für Altersvorsorge ist jeder 3. deutsche Haushalt von Altersarmut bedroht.

- Geschlechterasymmetrie in der *Sozialpolitik und Besteuerung*: Wie müssen steuer-, sozial-, tarif-, familien- und rentenpolitische Rahmenbedingungen ausgestaltet sein, die auf egalitäre Arbeitsverhältnisse ausgerichtet sind und nicht Teilzeit, Prekarität und Armut Alleinerziehender favorisieren?
- Wir brauchen *kulturelle Innovationen*, die das Altwerden ohne Imitation der Jungen entwerfen. Jenseits des Vitalitätsterrors. Wie sehen neue Bilder über und von alten und alternden Frauen und Männern aus, wie leben sie – zusammen? Welche positiven Ansatzpunkte, wie beispielsweise Entschleunigung und weniger Hektik, kommen generationsübergreifend der Entwicklung aller zugute?
- Last but not least benötigen wir eine Analyse über Defizite der Statistiken und Grenzen einer nicht gender-adäquaten Aufbereitung empirischer Grundlagen. Auch in der demographischen Debatte gilt: You get what you measure.

Im Folgenden werde ich zwei zentrale Bereiche schlaglichtartig behandeln. Sie betreffen zentrale Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Frauen und Männern, ausgewählt deswegen, weil sie im gegenwärtigen demographischen Kontext hochgradig genderrelevant sind. Sie verdeutlichen das vorherrschende Geschlechterarrangement und eine Seite der Modernisierungsfalle. Es sind dies Fragen 1. des Geburtenrückgangs und 2. der Qualität der Vereinbarkeit<sup>28</sup>.

#### 4. Beobachtungen und Befunde aus dem Blickwinkel der Geschlechterverhältnisse

##### *Geburtenrückgang - zentraler Demographiefaktor*

Seit gut zwei Jahren ist mit anhaltender Dynamik „Kinder bzw. Geburten“ Thema in der öffentlichen, politischen und auch wissenschaftlichen Debatte. Kinder bzw. Kinderlosigkeit, neue Paradigmen einer demographiezentrierten Familienpolitik „Wir brauchen mehr Kinder in der Familie...“<sup>29</sup> und Kinderbetreuungsdebatten in der Endlosschleife mit immensen

<sup>28</sup> Zweifelsohne wäre von ebensolcher Relevanz auf diesem Problematisierungslevel der Bereich Alter und Geschlecht.

<sup>29</sup> Bundesministerium für Frauen.... v. 5. Oktober 2006 „Mehr Kinder in der Familie ...“.

Beraterstäben ob des Nachweises der Bedürftigkeit fügen sich an. Bereits vom Urknall eines Krippengipfels im April 2007<sup>30</sup> war die Rede. Alarmistische und skandalisierende Merkmale sind auch hier vorhanden –sehen doch die Fertilitätsraten des Weltexportmeisters und beinahe Klassenbesten nicht so gut aus. Abgeschlagen auf den untersten Rängen im EU-Durchschnitt liegt die Geburtenrate in Deutschland bei 1,34 Kindern pro Frau.

##### *Geburten als Frauensache*

Ein Qualitätsmerkmal dieser Debatte ist: Das Thema Geburten und Kinder wird vorwiegend als „**Frauensache**“ verhandelt. Wem würde es nicht einleuchten, dass Frauen es sind, die Kinder kriegen, doch aus der biologischen Fähigkeit wird flugs eine soziale und gesellschaftliche Frauenangelegenheit gemacht, indem Frauen in den Mittelpunkt unter Ausblendung des männlichen Gegenübers gesetzt werden. Der veralteten Naturbestimmung Frau als Gebälerin wird Vorschub geleistet. Die amtliche Statistik ist hier in gehörigem Maße beteiligt, als sie Väter aus den Datensätzen völlig verschwinden lässt – und Vaterschaft, Kinderlosigkeit bei Männern, Zeugungsfähigkeiten ohnehin kein Thema sind. Demgegenüber wurde die – später revidierte – Marke von

40 % Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen (deutlich mit kleinem i) in den Medien ohne Ende breit getreten.

Eine weitere Qualität der deutschen Geburtendebatte ist wie der Ruf zur Jagd, der Schrei nach mehr Kindern. Die neuesten Zahlen der Geburten pro Quartal werden Konjunkturdaten gleich veröffentlicht. Wieder mehr Kinder in Sicht, erhöhtes Elternpotential der jungen Generation! Die aktuellen Geburtenstatistiken, quartalsbezogen und in der Konnotation einer potentiellen Trendwende geführt, avancieren zum **dow jones** der deutschen Demographiedebatte.

##### *Geburtenrückgang und Geschlechterverhältnisse*

*Meine These* gegenüber der vorgefundenen Ausgangssituation, dass sich das „Fertilitätsverhalten“ vorwiegend als auf Frauen beschränktes Phänomen vermittelt, lautet: Tatsächlich ist der Geburtenrückgang und der Wunsch nach Kindern eng mit den qualitativ veränderten Geschlechterverhältnissen und ihrer nicht gegebenen beruflichen und gesellschaftlichen Passung verbunden. Anforderungen an Frauen und Männer und wechselseitige Ansprüche von Frauen und Männern sind durch Engpässe mit Konsequenzen gekennzeichnet.

<sup>30</sup> Leyen, U.v., in: Der Tagesspiegel 23.07.07.

Die öffentliche und politische Debatte zeichnet sich jedoch durch eine enorme Schiefelage aus:

### **Mit Frauen – ohne Gender.**

Bevor ich im nachfolgenden aus wirklich interessanten empirischen Untersuchungen zur „Geburten- und Kinderfrage“ einige Ergebnisse darstelle, möchte ich auf grundlegende statistische Probleme zur Erfassung der Geburten verweisen.

#### *Kleine Statistik*

Erhebungsmethoden für die Geburtenstatistiken sind ein Problem, man tappt im Dunkeln, sagen die Expertinnen am Max-Planck Institut in Rostock (vgl. Rostocker Zentrum). Die amtlichen Statistiken, die Kinderlosigkeit belegen, seien einigermassen nutzlos. Bei den Standesämtern – wo die Geburten gemeldet werden – wird die Reihenfolge der Kinder gezählt und Frauen nach Ehe zugeschlagen. Eine geschiedene Frau mit Kindern erscheint bei Wiederverheiratung als Kinderlose, der Zähler geht auf 0. Bekommt sie ein Kind, wird sie statistisch Erstgebärende.

Auch die Daten des Mikrozensus sind verzerrt. Es werden nur die im Haushalt *zum Befragungszeitraum lebenden Kinder* gezählt. Das bringt unklare Verhältnisse hervor. Es gibt keine Unterscheidung zwischen echt-kinderlosen Haushalten und solchen kinderlosen Haushalten, in denen keine Kinder (mehr) sind weil sie schlichtweg ausgezogen sind. Zudem: Die so begrenzte Aussagefähigkeit der amtlichen Statistik zu Fertilität und Kinderlosigkeit basieren ausschließlich auf Erfassung der **Mutterschaft**.

Aber die solchermaßen hervorgebrachten statistischen Ergebnisse sind gut verwertbar, so könnten böse Zungen behaupten, um ein bestimmtes Frauenbild zu legitimieren. Mit Statistik, einer scheinbaren neutralen Angelegenheit, lässt sich objektiv ein neutral erscheinender Tatbestand konstruieren. Die angesprochene Kinderlosigkeit der Akademikerinnen gab dazu eine Kostprobe. Tatsächlich zeigte die Korrektur nach Überprüfung auf Grundlage besserer Datensätze – wie denen des sozioökonomischen Panel des DIW- dass der Anteil kinderloser Akademikerinnen bei ca. 25 % und somit unbedeutend höher als im Durchschnitt liegt<sup>31</sup>. Die allseits zitierten 40 % waren ein echter Fake!

31 Dieser Datensatz enthält genau Zeitpunkt und Alter der Mutter bei der Geburt und wird den individuellen Frauen- und Männerbiografien gerecht. Schmitt u.a. DIW 473, Berlin 2005

Zu viele – zu wenige Kinder ? Entdramatisierung!?

Dem öffentlichen Tenor zufolge gibt es in Deutschland zu wenig Kinder<sup>32</sup>. Warum und ob es wirklich zu wenige sind, wird nicht thematisiert<sup>33</sup>.

Rein rechnerisch wird das Geburtenniveau mit 2,1 Kindern je Frau benötigt, wenn der Zu- und Abgang der Bevölkerung sich ausgleichen soll. Mit einer Zuwanderung von 200.000 reicht die Quote von 1,7, um die Bevölkerungszahl in Deutschland konstant zu halten.

Die Kinderzahl sinkt – und zwar die reale wie die gewünschte. Kinderlosigkeit wird zu einem demographisch markanten Problem ersten Ranges! Kinderreichtum ist nicht vorhanden - Kinderlosigkeit hingegen sehr. Der Klassiker: „kinderreiche Familie“ ist ein Relikt aus längst vergangenen Jahren, als Würmling (Familienminister in den 50ern) noch ein Name war. Statistisch gesehen verbirgt sich hinter der Kinderlosigkeit, dass immer weniger dritte und zweite Kinder geboren wurden. In Deutschland sind die Mehrkinderfamilien deutlich zurück gegangen, und der Anteil der Kinderlosen ist sehr groß geworden. Während hier auf 100 der im Jahre 1963 geborenen Frauen 26 kinderlose kommen, sind es Frankreich gerade mal 10. Außerdem:

Frauen werden in Deutschland bei der Erstgeburt älter und bekommen derzeit ihr erstes Kind mit Anfang 30. Der Zeitpunkt der Familiengründung wird auf ein höheres Alter gelegt (das Zeitfenster mit der rush-hour des Lebens liegt zwischen 27 und 35 Jahre). Während im Jahre 1960 auf die 30-49jährigen Frauen 16 % der ersten Geburten entfielen, waren es im Jahre 2004 bereits fast 50% (vgl. StaBuA 2006a).

Ich möchte mich nicht an Spekulationen über „Trendwenden“ beteiligen, doch zur Entdramatisierung des Geburtenrückgangs ist unter statistischen Aspekten zwingend anzumerken:

32 „Zukunftsorientierte Familienpolitik lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Wir brauchen mehr Kinder in der Familie und mehr Familie in der Gesellschaft... ganzheitliche und nachhaltige Familienpolitik“, so lautet der Slogan aus dem Bundesfamilienministerium.

33 Wann zu viele Kinder oder zu wenig Kinder ein Fortschritt oder „Rückschritt“ sind, zeigt der Vergleich zwischen den bevölkerungsreichen Entwicklungsländern und (einigen) kinderarmen Industrieländern. In diesem demographischen Kontext spielten Frauen schon immer eine Schlüsselrolle. Vgl. den aufschlussreichen Aufsatz von Hummel 2006 S. 27ff..

1. Die Schätzungen zur endgültigen Kinderzahl auf Basis der zusammengefassten Geburtenrate fallen eher zu niedrig aus, u.a. deswegen, da es - real - zunehmend spätere Geburten gibt. Die zusammengefasste oder *durchschnittliche Geburtenrate* ist jedoch eine theoretische Messzahl, die anzeigt, wie viele Kinder zukünftig geboren würden, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern der 15-49jährigen Frauen sich über ihr gesamtes gebärfähiges Alter nicht änderte.
2. Gegenüber den statistisch verzerrten Daten und Fehlinterpretationen nahelegendem Material zeigt nachweislich die *kohortenspezifische Geburtenrate* – trotz der oben benannten Schiefen - realere Ereignisse an. Danach gibt es bspw. keinen ostdeutschen Geburtsjahrgang von Frauen, der weniger Kinder geboren hat als der entsprechende westdeutsche<sup>34</sup>. Es machte jedoch die Geburtenrate von 0,8 für das besondere Jahr 1990 immer wieder die Runde.
3. Erfolgsmeldungen aus dem Hause von der Leyen: Zahl der Geburten im 1. Quartal 2007 gestiegen ... um 0,4 % o.ä.. Auch Berlin ist dabei – „Aufschwung im Strampelanzug – Im ersten Quartal 2007 wurden in Berlin so viele Kinder geboren wie lange nicht mehr. Und: Die Wirtschaft spürt den Babyboom bereits“ (Tagesspiegel v. 7.8.07). *Inzwischen wird von einem erhöhten Elternpotential der Jüngeren gesprochen – den unter 30jährigen.* Da könnte gefragt werden, ob es bald einen neuen baby-boom gibt, ohne dass es bemerkt werden würde?

34 Die kohortenspezifische Geburtenrate zeigt ganz andere Entwicklungen an als die immer wieder strapazierten 0,8 bzw. 1,x Kinder.

Kohorte	Alter	Kinderzahl West	Kinderzahl Ost
1965	39	1,47	1,58
1966	38	1,52	1,52
1967	47	1,36	1,42

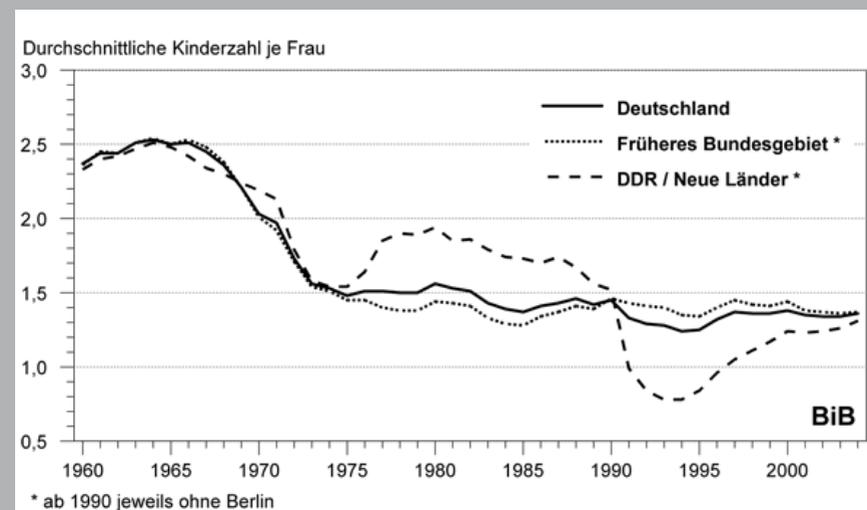
Quelle: Konietzka und Kreyenfeld 4/2007 S. 4

## Zahlen – Daten – Fakten

Seit 1900 sinkt die Zahl der geborenen Kinder in Deutschland, wenn auch mit starken Schwankungen. In nahezu keinem europäischen Land und auch nicht in den USA oder Japan wird heute noch der Wert von 2,1 Kindern je Frau erreicht, der mindestens für eine Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendig wäre. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind jedoch beträchtlich, und nähern sich keinesfalls an. Zwischen Island und Griechenland beträgt die Differenz zum Beispiel 50 %.

Für das frühere Bundesgebiet und die DDR sowie Deutschland insgesamt ist die zusammengefasste Geburtenziffer der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

### Zusammengefasste Geburtenziffer\*\* nach Kalenderjahren, 1960 – 2004



\*\*Die durchschnittliche hypothetische Zahl der lebendgeborenen Kinder je Frau

Die **Geburtenrate in Berlin** mit 1,18 Kindern pro Frau ist die niedrigste aller Stadtstaaten

Nachfolgend sind empirische Eckdaten<sup>35</sup> zur Geburtendebatte fragmentarisch angeführt:

- Fakt ist: *In Europa will niemand mehr so wenig Kinder wie in Deutschland*
- Frauen: wünschen sich 1,75 Kinder
- Männer 1,59<sup>36</sup>.
- Fraglich wird die altpatriarchale Weisheit von Konrad Adenauer „Kinder kriegen die Leute immer...“
- Und: Es werden heute nur noch wenig Kinder mehr gewünscht, als man tatsächlich hat – das hat Konsequenzen für die folgenden Generationen<sup>37</sup>.
- An der *Akademikerinnenkinderlosigkeit* zeigte sich deutlich, in welcher Weise die Geburtendebatte nicht nur schlechthin als Frauenthema, sondern wohl auch als ein *spezielles Frauenthema* verhandelt wird. An die Emanzipationsschelte angeschlossen ist implizit: Welche Kinder sind die „richtigen“? Der Begriff „*bildungsferne Schichten*“ tauchte in diesem Zusammenhang plötzlich inflationär auf.

35 Eine zahlenbezogene Zusammenfassung des nachfolgenden vgl. Folie als Anhang 1.

36 Vgl. Anhang 2: Tabelle A 1- (Robert Bosch 2006a) „Durchschnittlich gewünschte Kinderzahl in ausgewählten europäischen Ländern“.

37 Seit Ende des Babybooms hat sich in Europa das normative Leitbild von Familien mit 2 Kindern durchgesetzt. Hatte, muss gesagt werden, denn das gilt heute nur noch unter absolut günstigsten Bedingungen. Österreich geht auf Platz 2. Eurobarometer, eine regelmäßige Umfrage von 15000 Personen zeigt, dass sich v.a. ein starker Wandel sich in Deutschland und in Österreich durchgesetzt hat. 2 Länder der unteren Spitzenklasse im europäischen Durchschnitt –(Noch) sind Frauen mit ihren niedrigen Wunschvorstellungen die Ausnahme in Europa. Angesichts dessen, dass der Einbruch der Geburten schon etwa 30 Jahre zurückliegt, wird deutlich, dass es eine Gewöhnung an niedrige Zahlen gibt, die wiederum solche hervorrufen. Vgl. Lutz und Milewski 2004.

- Tatsächlich ist der Anteil der kinderlosen Frauen recht hoch, je nach Datenlage zwischen 25 bis 29 %<sup>38</sup>. **Aber, und hier wird die Begrenzung des Geburtsthemas als Frauensache deutlich:**
- Der Anteil der dauerhaft kinderlosen Männer ist größer als der Anteil der dauerhaft kinderlosen Frauen<sup>39</sup>. Männer sind häufiger als Frauen kinderlos;
- **Männer wünschen sich im Schnitt nicht nur weniger Kinder** – nämlich 1,59 –, sondern: Weniger Männer – und zwar weniger Männer als Frauen wünschen sich überhaupt Kinder.
- Der bereits erwähnten Bosch Studie zufolge will jeder 4. Mann, jede 7. Frau kinderlos bleiben. D.h., 23% der Männer wollen keine Kinder (Ost 21%, West 27%), und 15% der Frauen (Ost 6%, West 17%) wollen keine Kinder. Veröffentlichungen des Zentrums für Demographischen Wandel in Rostock zeigen die Entwicklung des Kinderwunsches in Deutschland über die Zeit: Die Zwei-Kind-Familie bleibt Wunschbild. Die zweitgrößte Gruppe stellt heute allerdings **jene ohne** Kinderwunsch dar<sup>40</sup>.

Und: **Doppelt so viele Männer** wie Frauen wünschen sich **keine Kinder**: Für sich genommen ist diese Zahl (für 2003), schon beeindruckend, doch die Entwicklung zeigt fernerhin: seit 1992 hat sich der Anteil der Männer verdoppelt, die **keine** Kinder wünschen (von 13% auf 26%)<sup>41</sup>.

- **Auch unter den Hochqualifizierten ist der Anteil der Kinderlosigkeit bei Männern größer als bei den hochqualifizierten Frauen** (bzw. fast gleich)<sup>42</sup>. Ein weiteres Kennzeichen im Zusammenhang mit dem Differenzierungskriterium Bildung: **Männer mit niedrigen Einkommen** (und Hauptschulabschluss) sind in hohem Maße **kinderlos**<sup>43</sup>. Ihre schlechten Chancen auf

38 vgl. Cornelißen 2006 in Berger u.a. S. 138ff; Schmitt u.a. 2005

39 Auf Basis des sozioökonomischen Panels, Schmitt 2005.

40 Vgl. [www.zbwa.de](http://www.zbwa.de)

41 vgl. Vgl. [www.zbwa.de](http://www.zbwa.de); Zahl und Fakten „Kinderwunsch in Deutschland“

42 In Hinblick auf den **Zusammenhang von Bildung und Kinderlosigkeit** zeigt sich, dass tatsächlich der Anteil der Höherqualifizierten auch mit höherer Kinderlosigkeit einhergeht, wobei nicht nur der Bildungsstand, sondern auch der tatsächlich ausgeübte Beruf in der jeweiligen Bildungsrichtung viel spannender ist.

43 Wenngleich die Kinderlosigkeit bei AkademikerInnen zweifelsohne recht hoch

dem Arbeitsmarkt korrespondieren mit denen auf dem Heirats- und Partnerschaftsmarkt. *Dieser Zusammenhang gilt für Frauen nicht.* Im Gegenteil: Sie weisen den niedrigsten Anteil an Kinderlosen auf und, dem Datensatz des SOEP zufolge, haben schon mit Mitte 20 erstmals ein Kind geboren<sup>44</sup>.

- Empirische Studie von Schmitt: mehr Männer als Frauen leben langfristig alleine und bleiben kinderlos. Hotel MAMA<sup>45</sup> wird länger gebucht. **Instabile Partnerschaften** und **Bindungslosigkeit** sind große Themen, die ins Herz der Geschlechterverhältnisse zielen<sup>46</sup> und mit Kinderlosigkeit noch immer korrespondieren.

### Kultur der Kinderlosigkeit – ein neuer Trend Made in Germany?

- Zur Klarstellung: Frauen und Männer wünschen sich noch immer Kinder. Neu ist eher: der Wunsch nach Elternschaft hat keinen Exklusiv-Stellenwert mehr<sup>47</sup>.
- Wenn derzeit der Anteil derjenigen größer ist, die keine Kinder wollen als jener, die eher zwei wünschen, wundert es nicht wirklich, dass Elternschaft keineswegs mehr als uneingeschränkte Basis der Lebensperspektive gesehen wird. Es wäre absurd, daraus abzuleiten,

---

ist, die mit beruflichen und partnerschaftlichen Ansprüchen korrespondiert, ist doch eine andere Gruppe besonders geprägt durch Kinderlosigkeit. Männer mit niedrigem Einkommen und relativ gering zertifizierter Bildung (Schmitt u.a. 2005).

44 Das (partielle) „Downgrading“ für Männer im Erwerbsleben, so könnte eine gewagte These lauten, korrespondiert mit dem (partiellen) „Upgrading“ weiblicher Lebensmuster

45 Schmitt u.a. (2005) geht in seiner Analyse auch das Klischee von der andauernden Zeugungsfähigkeit bis ins hohe Alter. Weder ist das gegeben, es gilt vielmehr, dass Männer grundsätzlich in geringerem Maße mit Kindern leben: sie derzeit lange in ihrer Ursprungsfamilie bleiben als Frauen dies tun. Männer leben in geringerem Maße weniger mit Kindern in der „familienintensiven“ Lebensphase und sie sind wenige Allenerziehende. Dies ist offensichtlich mit 80 % ein besonderes Privileg der Frauen.

46 In der erforschten Begründungen – und dem tatsächlichen Leben, warum Kinder geboren werden oder warum sie nicht geboren werden, spielt Partnerschaft eine zentrale Rolle. So ist es auch plausibel, dass in Befragungsergebnisse der Kinderwunsch häufig an funktionierende Partnerschaften gebunden ist. Das widerspricht keinesfalls der Individualisierung der Lebensverhältnisse, Lebenskonzepte und Lebensstile (ebenda).

47 vgl. Bosch-Studie 2006a; Wenn derzeit der Anteil derjenigen größer ist, die keine Kinder wollen als jener, die mehr als 2 wollen, wundert es nicht wirklich, dass Elternschaft keineswegs mehr als uneingeschränkte Basis der Lebensperspektive gesehen wird.

dass Kinder nicht erwünscht wären, sondern deutlich wird vielmehr, dass Kinderwunsch offensichtlich einer unter mehreren ist. So zeigt die Bosch-Analyse (2006a), dass Elternschaft ein Wert unter vielen geworden ist. Kinder und Einfluß auf Lebensfreude bedingen sich nicht zwingend. Es gibt andere Faktoren, die für Identität und Lebenszufriedenheit stehen.

- Kinderkriegen ist zweifelsohne ein komplexer Begründungszusammenhang. Es handelt sich deutlich um gesellschaftliche, berufliche und institutionelle Voraussetzungen, und vor allem nach wie vor persönliche und sehr individuelle Situationen. Die berufliche Sicherheit spielt zweifelsohne eine zentrale Rolle<sup>48</sup>. Einer aktuellen Allensbach-Umfrage zufolge wurden als entscheidende Faktoren formuliert

- stabile Partnerschaft
- abgeschlossene Ausbildung
- berufliche Absicherung
- ausreichendes Familieneinkommen.

- *Paare*, die nach Voraussetzungen für (weitere) Kinder befragt wurden, geben korrespondierend zu obigen Vorstellungen deutlich auf den ersten beiden Plätzen ökonomische Gründe (Sicherheit des Arbeitsplatzes der PartnerInnen) an. Auf dem dritten Platz rangiert die Sorge um die Zukunft der Kinder<sup>49</sup>.

- Ist dieses Ergebnis schon für eine Wohlstandsgesellschaft erstaunlich – soll Ihnen noch ein letzter Befund zugemutet werden. Auch dieser ist nicht wirklich neu, doch eindeutig belegt und quantitativ ausgewiesen:

- Kinder bedeuten **für Frauen deutlich ausgesprochen eine Verschlechterung ihrer beruflichen Chancen und Situation** 2/3 der befragten Frauen rechnen mit einer deutlichen Verschlechterung ihrer Beschäftigungschancen. Welch eine Perspektive, Welch ein deutscher Preis des Kinderkriegens!

---

48 Und neu ist auch die Einstellung, dass man schon was vom Leben gehabt haben muss. Eingepflanzt – wie es ein ordentlicher Masterplan vorsieht – werden Kinder erst, wenn das Paar finanziell auf der sicheren Seite und folglich nach der Ausbildung und einem erfolgreichen Start ins Berufsleben sanktioniert ist. Institut für Demoskopie Allensbach 2007.

49 vgl. Robert Bosch Studie ... Kinderwünsche. Stuttgart 2006a, S.-32 Tab A 11.

Es muß nochmals unterstrichen werden: 65 % der (noch) kinderlosen Frauen rechnen mit negativen Folgen ihrer beruflichen Situation durch Kinder. Der Anteil derjenigen, die negative Folgen sehen, sinkt mit zunehmender Kinderzahl. Das ist plausibel, da hier negative berufliche Folgen zugunsten der antizipierten (Nur-) Hausfrauen- und Mutterrolle logischerweise entfallen.

- Und zu den *beruflichen Konsequenzen* von (weiteren) *Kindern für Männer*?

### **Keine.**

Ihre eigenen Beschäftigungschancen blieben von einem (weiteren) Kind unberührt, meinen 4/5 der Männer. Frauen glauben das im übrigen auch, sogar noch in einem höhere Maße: 88%. (vgl. Anhang 3 und 4 dazu die Ergebnisdarstellung aus der zitierten Bosch-Studie 2006a)

## **Vorläufiges Resümee .....**

Aus der Genderperspektive auf den Demographischen Wandel geschaut wird deutlich, dass es einen hohen Erkenntnis- und Forschungsbedarf gibt. Wir haben es mit vielen Themenfeldern und Leerstellen zu tun.

In der Kinder- und Geburtendebatte zeigt sich eine altbekannte Zuschreibung von Frauen als vorwiegend Alleinzuständige – befördert durch die Zentrierung der amtlichen Statistik auf *Mutter- statt Elternschaft*. Naturalistische Konstruktionen im alten biologischen Fahrwasser lassen sich ausfindig machen, gleichwohl interessante Befunde aus neueren empirischen und analysierenden Untersuchungen, die geschlechterdifferenzierende Kategorien enthalten.

1. Kinder und Kinderlosigkeit zählen zu den brisantesten Demographiethemata in Deutschland. Von der Folie der Geschlechterverhältnisse aus betrachtet ist die Geburtenfrage alles andere als ein pures Frauenthema. Frauen werden in der öffentlichen und medialen Debatte auf einen prominenten Platz verfrachtet - wie bei Schirrmacher u.a. Tatsächlich jedoch gibt es einen deutlichen Geschlechterbias, so das Ergebnis des vorherigen. *Männer und Kinderwünsche oder Männer und Kinderlosigkeit* – de facto und als Wunsch - sind die angesagten Themen<sup>50</sup>. Männerthemen?
2. Der Geburtenrückgang ist eng mit dem *Wandel der Geschlechterverhältnisse* verwoben, mit pluraleren Lebensformen, Erosion der Normalarbeitsverhältnisse und qualifizierten beruflichen Interessen insbesondere von Frauen. Auch die rush-hour des Lebens muss im Kontext der veränderten Geschlechterverhältnisse verortet werden (Stichwort längere Ausbildungszeiten der Frauen und Ansprüche an Partnerschaft). Deutlich werden die unterschiedlichen Präferenzen der Geschlechter – und ihre Auswirkungen. Das gleiche ist - mal wieder – nicht das gleiche. Was für Männer gilt, gilt

50 In der politischen Gestaltung und Bearbeitung wäre die Thematik zweifelsohne ein Top-Thema für Gender mainstreaming, sozusagen eines erster Güte. Direkt und indirekt stehen Frauen im Zentrum in der öffentlichen Diskussion – Männer und die historische Entwicklung der Geburten sind weitgehend ausgeblendet. Die Geschlechter- und Zeitforschung bringt zunehmend Männer als biologische Erzeuger und in ihrer sozialen Verantwortung, mit ihren Einkommens- und Lebensverhältnissen ans Licht - vielfach unbeachtet. Vgl. Klammer 2006

noch lange nicht für Frauen. Die noch immer aktuelle und aktuell-unmoderne Gleichung lautet: Kinder = berufliche Benachteiligung für Frauen, Kinder = Beibehaltung oder Intensivierung der beruflichen Situation für Männer. **Neu ist: Frauen wollen das eine nicht mehr und Männer wollen das andere auch nicht.**

*Frauen verweigern* ihre Zustimmung zur beruflicher Benachteiligung, sie sind zu gut ausgebildet und hoch ambitioniert, *Männer* können und wollen das strukturell verankerte und ihnen abgeforderte *Haupternährermodell nicht mehr durchgehend bedienen*. Die Geschlechter, und hier sei parteiisch gesagt: die Frauen, sind moderner, als die Verhältnisse dies zulassen.

3. Folgerichtig dazu ist: Der Wunsch nach *Kinderlosigkeit ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen*. Die Geschlechtergrenzen verlaufen jedoch nicht synchron entlang der *sozialen Unterschiede*<sup>51</sup> und selbstredend prägen auch diese wiederum die (Anzahl der) Kinderwünsche. Sie verlaufen in unterschiedliche, wenn nicht gar entgegengesetzte Richtung. Dieses Phänomen ist in gewisser Weise an sehr reichen **und** kinderreichen Familien bzw. sehr armen **und** kinderreichen Familien abzulesen<sup>52</sup>.
4. *Familienpolitik*, die mehr oder weniger auf Förderung der Geburten zielt, wird vor dem Hintergrund gewollter Kinderlosigkeit kaum greifen, vor allem nicht nachhaltig wirken. Familienpolitik in der *demographie-orientierten Substanz*, die also deutlich auf Bevölkerungspolitik setzt, marginalisiert derzeit Frauen- und Geschlechterpolitik. Maßnahmen wie das neue Elterngeld

51 Zwischen vergleichbaren Frauen- und Männergruppen führen diese wiederum zu unterschiedlichen Kinderwünschen. Paarverhalten und Märkte der Paarung folgen eigenen Regeln. Einerseits zeigt sich: Frauen heiraten nach oben – während Männer aus der gleichen sozialen bzw. beruflichen Position ohne Chancen sind. Zentral für den hier aufgemachten Zusammenhang ist: Das männliche Haupternährermodell stößt an seine rationalen Grenzen, deutlich erkennbar für Männer mit niedrigem Einkommen, diskontinuierlichen Erwerbsbiografien etc. Vgl. Schmitt u.a. 2005.

52 Viele kinderreiche Familien gelten zwar nicht als armutsgefährdet, liegen aber nur knapp über der Armutsgefährdungsschwelle Vgl. StaBUA 2006b S. 21. Fast 2/3 aller Familien mit 4 Kindern liegen unterhalb des mittleren Einkommens. (ebenda, S. 14) Und. Die reichsten 20% haben zusammen ein 4-mal so hohes Äquivalenzeinkommen wie die ärmsten 20%. Ebenda, s. 15

sind ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch zu zaghaft<sup>53</sup>.

5. Gibt es eine *Kultur der Kinderlosigkeit*? Kinder sind noch immer erwünscht. Das ist Fakt. Jedoch ist die mit dem eingängigen Label behaftete und feuilletonistisch klingende Rhetorik an harte Ökonomie gebunden. Kinder stellen ein Armutsrisiko in Deutschland dar. Die dazu hier nur selektiv angeführten Indikatoren sind:
  - nur die Hälfte der Paar-Eltern-Haushalte sind „echte Zweiverdienerhaushalte“<sup>54</sup>
  - 2 Mio. Kinder unter 15 Jahren leben mit Hartz IV als arme Kinder; Lehrstellenmangel winkt für viele als sichere Zukunft
  - mehr als 1/3 aller Alleinerziehenden sind auf Sozialhilfe angewiesen<sup>55</sup>. Alleinerziehende, als diejenigen, die *außerhalb der Institution Ehe* mit Kinder leben, stehen bei den *armutsgefährdeten Gruppen in Deutschland* an erster Stelle<sup>56</sup>.
6. *Gründe für ein Kind* oder *gegen* eines waren und sind komplex – und zudem super-individuell. Wenn heute das timing oder die Phase der „Familiengründung“ durch Merkmale gezeichnet ist wie
  - späte Geburten,
  - suche nach passenden, weil vertretbaren Partnerschaften,
  - abgeschlossene Ausbildung und abgesicherte Berufssituation,kommen darin sowohl die Ansprüche von Frauen an Arbeit und Beruf UND an Partner zum Ausdruck - als auch die Imperative des Arbeitsmarktes. Das darauf bezogene Arrangement der Geschlechter ist jedoch durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

53 Auch ändern die aktuellen Siegesmeldungen der väterlichen Inanspruchnahme nichts daran, dass eher nach dem Prinzip „wasch mich aber mach mich nicht naß“ verfahren wurde. Vor allem aber zeigt die öffentliche und politische Debatte, wie es um die Ernsthaftigkeit von Vereinbarkeit und Zuständigkeit von Frauen und Männern in Deutschland bestellt ist. Vereinbarkeit ist ein Frauenthema und jegliche Abweichung erscheint als ein Angriff auf Persönlichkeitsrechte von Männern.

54 Blome und Keck 2007

55 Vgl. Kröhnert/Klingholz 2005; StaBUA 2006b

56 vgl. StabuA 2006b; Demgegenüber sind Alleinerziehende am wenigsten in Schweden von Armut bedroht.

(Stichworte: Favorisierung des Ernährerhaushalts durch Ehegattensplitting und wirtschaftliche Abhängigkeit mit gefördertem Rückzug von Frauen aus dem Arbeitsmarkt, fehlende Betreuung für Kinder, gesellschaftliches Klima) nicht abgedeckt. Die Gesellschaft bietet keinen Raum für egalitär gehaltene Geschlechterverhältnisse und keinen zukunftsorientierten Raum für Kinder.

7. Das Unbehagen der Geschlechter richtet sich – so macht die vorherige Analyse deutlich - gegen **das stahlharte Gerüst deutscher Familienpolitik**, dem Prinzip des male bread winners.

Die Fehlinvestition Ehegattensplitting setzt altbackene Anreize, verfestigt und reproduziert häusliche und außerhäusliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, fördert den Rückzug aus dem Arbeitsmarkt von Müttern und verschärft berufliche Benachteiligung von Frauen.

8. Und wie das anders geht, zeigen vor allem die **skandinavischen Länder**, mit hoher männlicher wie weiblicher Erwerbstätigkeit **und** hoher gesellschaftlicher wie materieller Anerkennung berufstätiger **Eltern**, egalitäreren Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt und innerhalb der Familie, und: Sie verzeichnen größeren Kindersegen. Der ist nicht auf die Institution Ehe und Familie traditioneller Form beschränkt. Modernere Geschlechterverhältnisse sind insgesamt kennzeichnend. Außerfamiliäre Kinderbetreuung ist selbstverständlich. Diese Entwicklungen sind das Ergebnis umfassender Struktur- und Kulturänderungen - vor allem auf ökonomischem, steuer-, gesundheits-, arbeitsmarkt- und bildungs-politischem Terrain. Das Festhalten an traditionellen Rollen- und Aufgaben(ver)teilungen, so die Schlussfolgerung, ist definitiv gegen die Interessen von Frauen und Männern gerichtet und **besitzt unter demographischen Aspekten keine positive Gestaltungspotenz.**

Tatsächlich steckt Deutschland – mehr und tiefer als andere Industrieländer westlicher Provenienz - nicht primär in einer Demographiefalle, sondern in einer Modernisierungsfalle. Und diese ist hausgemacht genderbasiert. Es verweist die nachholende Modernisierung zugunsten echter Gleichberechtigung der Frauen und Rücknahme der sozialen Differenzierung darauf, dass auch in Deutschland eine Modernisierung der Geschlechterverhältnisse und ein neues Geschlechterarrangement mehr als überfällig ist. Berufliche Interessiertheit, ökonomische Selbständigkeit und Leben mit Kindern –

vertretbare Betreuungsleistungen inbegriffen - sind in Deutschland derzeit nicht IN.

Und damit komme ich zum vorletzten Punkt:  
Es geht um:

### **Die Vereinbarkeit!**

Ein uraltes Thema erlebt derzeit eine Renaissance.

**Vereinbarkeit wird in der deutschen Demographiedebatte groß geschrieben.**

*Und:*

**Vereinbarkeit wird in Deutschland falsch geschrieben.**

- Die Frage, die beantwortet und beleuchtet werden muß, lautet: *Was soll denn vereinbart werden?*

Klar,

- Familie und Beruf

darauf wird ja häufig genug, mantramäßig, verwiesen.

*Dieses einfach und logisch klingende Erfordernis kommt schlicht und neutral formuliert daher.*

- Wer aber soll warum welche Gegebenheiten vereinbaren?
- Offensichtlich und deutlich noch immer:

Frauen!!!

Selbst ¾ von befragten *Unternehmen zur Vereinbarkeit* geben unumwunden bekannt:

*Vereinbarkeit ist das Problem der Frauen.*

Frauen sind diejenigen, denen zugetraut wird, alles unter einen Hut zu bringen. Frauen sind auch diejenigen, die alles unter einen Hut bringen wollen. Ein Vereinbarkeitssyndrom? Ob in der hippen Variante supergirls don't cry oder dem erfahrenen Superweib, das alles zu einer Frage des Selbstmanagements erklärt weil „man muß sich nur gut organisieren“ -

und als Supermythos scheitert - oder der landläufig-klassischen Form der Vereinbarung<sup>57</sup>. Die je unterschiedlichen Strategien, sowohl die traditionellen als auch die modernen, passen nicht mehr. Und: Männern wächst das ihnen zugeordnete Modell, nunmehr mit zunehmenden Ansprüchen innerhalb der Beziehung von Frauen und denen außerhalb, den beruflichen, auch über den Kopf. Über dieses Vereinbarkeitsproblem wird auch zu wenig geredet.

### **Steuern steuern –**

*Das vereinbarkeitserforderliche Modell mit dem Prinzip des Hauptnährers ist vertrackt:* Es pfropft sich auf einen Arbeitsmarkt, der geschlechtsspezifisch hochgradig segmentiert ist und good jobs deutlich an freie Verfügbarkeit der Arbeitskraft männlicher Prägung ausrichtet. Dieses *Strukturprinzip* vermittelt die geschlechtsspezifische Zuordnung zwischen hoch-hierarchisierten Arbeitsmärkten und dem Familienbereich und damit der sozialen Reproduktion der Nachfolgegeneration:

- Durch die dem „Hauptnährer“ eingeräumte berufliche Privilegierung gegenüber der „Zuverdienerin“. Verfügbarkeit ist Wettbewerbsfaktor auf dem Arbeitsmarkt.
- Komplementär dazu wird qua Einkommensbesteuerung der *Rückzug vom Arbeitsmarkt* von Müttern belohnt – mit Folgen für ohnehin bestehende berufliche Barrieren für Frauen und geschlechtsspezifischer Segmentierung der Arbeitsmärkte.
- Befördert wird dadurch die eindeutig *verortete emotionale Verantwortlichkeit* von Frauen, für Kinder und Soziales. Sie ergibt sich, quasi natürlich, wie „von alleine“.
- Sanktioniert wird die *ökonomischen Logik* und eingelöster Rationalität. Ein gewünschtes Verhalten lohnt sich, es wird belohnt – wohingegen ökonomische Selbständigkeit, relativ gesehen, finanziell abgestraft wird.

Angesichts dessen entspricht es einem sehr verschleierte Blick, einem androzentrischen, wenn heute so modern, schlicht und dezent von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesprochen wird. Männliche

### **Normalbiografien, das modifizierte Hauptnährermodell mit Zuverdienst für Frauen, hochgradig segmentierte Arbeitsmärkte und innerfamiliäre**

<sup>57</sup> Die landläufig-klassische Form der Vereinbarung sieht noch immer vor: männliche Hauptnährerrolle, berufliche Randpositionierung, ohne Aufstiegschancen von Frauen auf hoch segmentierten Arbeitsmärkten. Heißt auch: Dominanz und Machtpositionierung von Frauen im häuslich-familiären Bereich, keine echte Bereitschaft und Notwendigkeit, davon wirklich am Männer abzugeben.

Arbeitsteilung als wesentliche Ungleichheitskomponenten werden in dieser Form der Versachlichung ausgeblendet, quasi unterschlagen. Erst von der Folie der Geschlechterperspektive zeigen sich diese Verhältnisse im Klartext<sup>58</sup>.

Diese strukturell aufoktrojierte Form tatsächlicher und vermeintlicher Vereinbarungs-Zuständigkeit hat Prägung für unternehmerische Strategien in bezug auf **ALLE FRAUEN**, unabhängig davon, ob sie Kinder haben, wünschen oder niemals einen solchen Gedanken hegen.

Familien- und Sozialpolitik sind eng verzahnt – und gleichsam gegenläufig strukturierte Bereiche, in denen die Dominanz des Arbeitsmarktes über den Familienbereich von Frauen, wenn es um Kinder geht, vereinbarungsgemäß vereinbart werden soll.

### **Und was hat das mit Demographie zu tun?**

Die demographische Entwicklung basiert auf der Ungleichheit der Geschlechter, die auf diesem Parkett von Arbeit-Familie-Staat (Politik) - sich immer wieder generiert, verfestigt – oder aber auch verändert. Auf diesem Parkett spielt die Musik – zentral für die Ordnung, wie die Verhältnisse und die Normen in der *strategisch relevanten Dreieckskonstellation Erwerbsarbeit -Familie – Staat geregelt* sind. Für die Gestaltung des demographischen Wandels ist es unumgänglich, eine Zusammenschau der Institutionen und der sich hier abspielenden Regularien, befördernde und behindernde Strukturen für egalitäre Verhältnisse, zu halten. *Hier fließen die Imperative des Arbeitsmarktes und mikroökonomische Prozesse der unternehmerischen Politik zusammen, hier werden Rentenfragen und der Generationenvertrag formuliert, hier ist Schul-, Kinder- und Pflegepolitik als Familienvertrag existent – und: auf diesem strategisch relevanten Plateau sind alle Bereiche von einem Geschlechtervertrag durchwebt*<sup>59</sup>.

<sup>58</sup> Dazu gehört auch: Der Staat als patriarchale Einrichtung geht deutlich in Vorleistung, eröffnet aber mit der ihn finanziell ganz und gar nicht entlastenden „Investition Ehegattensplitting“ nicht weniger als eine Fürsorgefalle mit den gekannten Auswirkungen.

<sup>59</sup> Die strukturelle Dominanz der Erwerbsarbeit besteht gegenüber der Familie, die Durchsetzungsschwäche der Familie gegenüber Arbeitsmarktorgaben verweisen auf asymmetrische Relationen in den Institutionen, die von der Familien- und Sozialpolitik mit dem darin eingeschriebenen Geschlechterverhältnis auszutarieren versucht. Solange die Institutionen des Arbeitsmarktes und der Familie die Geschlechterverhältnisse nicht auf egalitäre Verhältnisse setzen, wird die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen auch wenig an den strukturellen Asymmetrien der Geschlechterverhältnisse ändern und zudem die Belastungen der Familie und anderer Lebensformen der Menschen weiter verschärfen.

Unabhängig von flächendeckender öffentlicher Kinderbetreuung brauchen wir eine **echte Vereinbarung**. So lange diese nicht *strukturell* eingelöst wird, ist es wenig hilfreich, der im androzentrischen Fahrwasser verhafteten Floskel Vereinbarkeit mit liturgischer Zuverlässigkeit das andere Zauberwort, anzuhängen: Flexibilisierung. Damit soll das weitere grundlegende Problem behoben werden.

**Flexibilisierung ist ein allround-Kleber – der nicht hält.**

Wir brauchen zweifelsohne mehr Flexibilität, nicht aber von der bisherigen Sorte – die gibt es hinreichend. Deutlich prägend ist die Flexibilisierung

zugunsten der Unternehmen – nicht diejenige, die auch zur Seite der Familie und des persönlichen Lebens hinreichend Flexibilität zulässt. Kinder brauchen Zuverlässigkeit und Planbarkeit –und: flexible Öffnungszeiten, ohne Frage. Die vorherrschende Flexibilität verschärft teilweise die enorme Anspannung auf und Belastung von Familien und menschlichen Lebens- und Gemeinschaftsformen. Vor allem, wenn ganzheitlich der Mensch in der Berufsarbeit präsent sein soll, und nicht selten das Unternehmen zum zu Hause wird und zu Hause nur noch die Arbeit wartet.

*Was wir brauchen, ist eine andere Zeitpolitik.* Andere Modelle, die Lebenszeitkonten und ähnliche Systeme, nicht nur betrieblich und individuell gesteuerte, hervorbringen. *Kürzere Erwerbsarbeit und mehr Lebenszeit für beide Geschlechter*, die neben dem Job im Alltag eine geschlechtergerechte Betreuungs- und Fürsorgearbeit für Jung und Alt ermöglicht, die Chancen bietet, wirklich auch länger arbeiten zu wollen *und zu können*. Gültig für beide Geschlechter auf Basis von Geschlechtergerechtigkeit.

## Schluss<sup>60</sup>

- Statt mythenumwobenen Untergangsstimmungen brauchen wir **Gestaltungsszenarien** aus der Geschlechterperspektive. Die Metropole Berlin braucht ein **gendergerechtes Demographiekonzept**.
- Wir brauchen selbstverständlich mehr und bessere Betreuungseinrichtungen für Junge und ebenso Pflegeeinrichtungen,

<sup>60</sup> She. Folie 5 im Anhang 5 – Im Vortrag formuliert als handlungsbezogene Anforderung an Wissenschaft und Politik.

Mehrgenerationenhäuser etc. für Ältere. Doch auf ganz anderen Ebenen müssen *Weichen* gestellt werden.

Wir brauchen vor allem eine politische Strategie, die **Strukturveränderungen und kulturelle Impulse** substantiell beinhaltet, die geschlechterpolitisch und chancengerecht fundiert ist, gender equity als Maßstab<sup>61</sup> nimmt, solche Bilder, die auf junge und alte Menschen fokussieren. **Wertewandel durch Strukturwandel** – in dieser Reihenfolge und Verbindung nur kann Veränderung wirksam werden.

- Wir brauchen eine **echte Vereinbarung** von Familie und Beruf, von Arbeit und Leben, für Frauen und für Männer. Auf gesellschaftspolitischer Ebene muß dafür das entscheidende Dreieck von Arbeit – Familie – Staat kritisch analysiert und die Regularien neu justiert werden. Statt weiterhin auf Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse mit Blick auf das Wohl des Kindes zu setzen, brauchen wir eine *geschlechtergerechte Arbeits- und Familienwelt*, nicht familienpolitisch aufgestellte Fürsorgefallen.
- Wir brauchen Erkenntnisse und Haltungen, warum es mit der gegenwärtigen Richtung der Flexibilisierung nicht getan ist. Flexibel bislang für wen? Lebens- und Arbeitszeiten sind gegenläufig strukturierte Bereiche. Wir brauchen eine andere *Zeitpolitik*, die nicht nur Kindern und alten Menschen wohl bekömmlich ist, sondern der *Entschleunigung* unserer schnelllebigen Zeit dienlich wird.
- Wo geht's lang? Wir brauchen kluge Modelle, mehr vertretbare Beschäftigung für viele und weniger Lebensarbeitszeit für die meisten. Weder können das familiäre Ehrenamt mit Zubrot für die einen, die Erwerbsarbeit pur für die anderen, oder für dritte viertklassige Arbeitsmärkte die Alternative sein. Die Frage lautet: Zurückgehen oder Vorgehen auf einen Modernisierungspfad, der auf die Hauptstraße der westeuropäischen Moderne führt. Beschäftigungspolitisch und familienpolitisch verknüpfte Neujustierungen, eine auf effektive Geschlechtergerechtigkeit setzende Politik auf Nachhaltigkeitsniveau hätte eine Chance, weil Perspektiven für Frauen und Männer, Kinder und Alte – und auch die dazwischen liegende Generation wäre

<sup>61</sup> Es geht mindestens um gender equity als Maßstab für wohlfahrtstaatliche Regulierungen, (der Grad) der Unabhängigkeit von Frauen von der Versorgerreihe als auch von marktvermittelter Erwerbsarbeit, der erst durch Sozialtransfer – sprich Hartz IV etc. erreicht wird. Dieser Maßstab gilt für beide Geschlechter selbstverständlich.

eine mit Zukunft: Zwingend notwendig ist eine *andere Zeitpolitik*, *eine Verkürzung der gesellschaftlichen Regelarbeitszeit* in flexiblen Modellen und unterschiedlichen Formen. Dann kann auch besser und länger gearbeitet werden – warum auch nicht? Arbeit für den Erwerb, Arbeit für sich, Arbeit für die Gemeinschaft – eine Dreizeitgesellschaft. Nur eine schöne Utopie vom guten Leben?

Wir können den demographischen Wandel als Chance begreifen. Es gibt bereits Erkenntnisse, aber vor allem gibt es: Erkenntnis- **und** Handlungsbedarf. Nutzen wir die Chance einer Neuordnung der Geschlechterverhältnisse für eine nachhaltige und gendersensible Gestaltung des demographischen Wandels.

## Literatur

- Birg, Herwig: Die demographische Zeitenwende. 4. Aufl., München 2005
- Birg, Herwig: „Unser Verschwinden würde gar nicht auffallen“, in: FAZ v. 28.6.06
- Berger, Peter A., Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/Main 2006
- Blome, Agnes und Keck, Wolfgang: „Mehr Staat, weniger Mama. Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern im Ländervergleich. In: WZB-Mitteilungen Heft 116, Juni 2007
- BMFSFJ „Mehr Kinder in die Familien und mehr Familie in die Gesellschaft“ v. 5. Oktober 2006 ([www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie.did=20172.html](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie.did=20172.html))
- BMFSFJ: Zahl der Geburten im 1. Quartal 2007 gestiegen. v. 20.07.07 ([www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles.did=99736.html](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles.did=99736.html))
- Butterwegge, Christoph: Demographie als Ideologie? In: Berger, Kahlert (Hg.), 2006, S. 27-52
- Cornelißen, Waltraud: Kinderwunsch und Kinderlosigkeit im Modernisierungsprozess. In: Berger, Kahlert (Hg.), 2006, S. 137-164
- Dürr, Hans-Peter: Zeitbombe Mensch - Zu viele plündern den Planeten Erde. Inhaltsangabe: Video. 1995
- Enquete-Kommission Demographischer Wandel: Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Berlin 2002
- Flöttmann, Bernhard: „Der Wunsch nach einem Kind“. In: FAZ v. 13. Juni 2005
- Gaschke, Susanne: Die Emanzipationsfalle: Erfolgreich, einsam, kinderlos. Bertelsmann. Bielefeld 2006
- Goldmann, Monika et. al. (Hg.): Projektdokumentation Gender Mainstreaming

und Demographischer Wandel, sfs Sozialforschungsstelle Dortmund 2003

Haug, Frigga (Hg.): Geschlechterverhältnisse. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus. Bd. 1. Hamburg 2003

Hermann, Eva: Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit. 2006

Hesener, Brigitta: Raus aus der Demographie-Falle – aber wie? In: Stern v. 2.6.2007

Hummel, Diana: „Demographisierung gesellschaftlicher Probleme? Der Bevölkerungsdiskurs aus feministischer Sicht.“ In: Berger, Kahlert (Hg.), 2006, S. 27-51

Institut für Demoskopie Allensbach: Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. (unter [www.ifd-allensbach.de/pdf/akt\\_0407.pdf](http://www.ifd-allensbach.de/pdf/akt_0407.pdf))

Jansen, Mechtild: Die Sorge der FAZ um die Geschlechtergerechtigkeit – oder: Die Weiblichkeit der Medien. Der neokonservative Aufbruch in eine neue Zeit. (Eine Auseinandersetzung mit der von Frank Schirrmacher 2003 begonnenen Debatte um Frauenmacht.) Analyse für „efas – economics feminism and science“ 2004/2005

Kahlert, Heike: Der demographische Wandel im Blick der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Berger, Kahlert (Hg.), 2006, S. 295-309

Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Bundeszentrale für politische Bildung. Frankfurt/Main 2005

Kemp, Wolfgang: Kinderlose Schampoo-Schönheiten mit Endlosbeinen. Der neue Schirrmacher. In: Süddeutsche Zeitung v. 17. März 2006

Kistler, Ernst: Die Methusalem Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird. Wien 2006

Klammer, Ute: „Lebenslauforientierte Sozialpolitik – ein Lösungsansatz zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im demographischen Wandel.“ In: Berger, Kahlert 2006, S. 203-236

Konietzka, Dirk und Kreyenfeld, Michaela: „Mehr Kinder pro Frau in Ost-

als in Westdeutschland“ In: Demographische Forschung, Jahrgang 4, No. 2, 2007

Kröhnert, Steffen/Klingholz, Reiner: „Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann“. In: Sozialer Fortschritt(54), 12: S. 280-290, 2005

Kullmann, Katja: Generation Ally. Warum es heute so kompliziert ist, eine Frau zu sein. Frankfurt 2003

Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Demographischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft. Essen 2006

Leyen, Ursula von der im Interview mit dem Tagesspiegel. In: Tagesspiegel v. 23. Juli 2007. ([www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles\\_did=99752.html](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles_did=99752.html))

Longman, Philipp I: „In Return of Patriarchy“. In: Foreign Policy v. 1.03.2006 ([www.newamerica.net](http://www.newamerica.net))

Lutz, Wolfgang und Milewski, Nadja: „Als ideal angesehene Kinderzahl sinkt unter zwei. Wandel der Normen in Österreich und Deutschland.“ In: Demographische Forschung Jg. 1, Nr. 2, 2004

Meyer, Tilmann: „Wege zu einer erfolgreichen Familien- und Bevölkerungspolitik“. In: Flöthmann Jürgen und Höhn, Charlotte (Hrsg.): Wege zu einer erfolgreichen Familien- und Bevölkerungspolitik. Beiträge zur Jahrestagung 2005. Norderstedt 2007

Neyer, Gerda: „Gute Ausbildung, keine Kinder?“ In: Demographische Forschung, Jg. 4, No.2, 2007

Nikolow, Sybilla: „Anormale Kollektive. Die graphisch-statistische Herstellung der Bevölkerung des Deutschen Reiches“. In: Rainer Mackensen: Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1930. Verlag Sozialwissenschaften. 2002

Pieper, Claas: „Die Demographiefalle“. In: Die Zeit v. 17.05.2007 Nr. 21

Robert Bosch Stiftung. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“ i.A. der Robert Bosch –Stiftung. Kurt Biedenkopf, Hans Bertram u.a., Stuttgart 2005

Robert Bosch Stiftung: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Charlotte Höhn, Andreas Ette, Kerstin Rueckdeschel, Bearbeitet von Friederike Grothe, Stuttgart 2006a

Robert Bosch Stiftung: Unternehmen Familie. Studie von Roland Berger Strategy Consultats im Auftrag der Robert Bosch Stiftung . Stuttgart 2006b

Rostocker Zentrum zur Erforschung des demographischen Wandels. Eine gemeinsame, interdisziplinäre Einrichtung der Universität Rostock und des Max-Planck-Instituts für demographische Forschung. Zentrum zur Erforschung des demographischen Wandels. [www.rostockerzentrum.de](http://www.rostockerzentrum.de) bzw. [www.zdwa.de](http://www.zdwa.de)

Rutschky, Katharina: „Alles Schlampen außer Mutti.“ In: TAZ v. 23.03.2006

Sadigh, Parvin: „Glucke contra Karrierefrau.“ In: Die Zeit – online – 9/2007

Schirmmacher, Frank: Das Methusalemn-Komplett. München 2004

Schirmmacher, Frank: Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft. München 2005

Schmitt, Christian/Winkelmann, Ulrike: Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern. Discussion Papers 473. DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 2005

Schroedter, Elisabeth, MdEP: Der demographische Wandel hat ein weibliches Gesicht. Berlin 2007

Schwentker, Björn: „Von wegen 40 Prozent“. In: Die Zeit 41/2005.

Spiegel spezial 8/2006: Jung im Kopf. Die Chancen der alternden Gesellschaft. „Den Kuchen radikal anders aufteilen“. Spiegel-Streitgespräch. Der Demograph Herwig Birg und der Volkswirt Thomas Straubhaar über die alternde Gesellschaft. S. 22-26

Spiegel 31/2007 v. 30. Juli 2007: „Familie macht glücklich“. Ursula von der Leyen und Christa Müller diskutieren über Krippenplätze, Zwangsbetreuung und die Rolle von Vätern in der Erziehung

Statisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2006a

Statisches Bundesamt Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005. Wiesbaden 2006b

Steinberger, Petra: „Du sollst den Vater ehren! Die Rückkehr des Patriarchats als Resultat der Kinderlosigkeit.“ In: FAZ 28.März 2006

Stiegler, Barbara: Mutter-Vater-Kinder-Los. Friedrich Ebert Stiftung. Bonn 2006

Der Tagesspiegel v. 28. März 2004 – Interview mit Frank Schirmmacher: „Selbst meine Feinde habe ich gefördert“

Der Tagesspiegel v. 7. August 2007: Aufschwung im Strampelanzug. v. Sabine Hölper

Zentrum für demographischen Wandel. Wissen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Rostock. (unter: [www.zdwa.de](http://www.zdwa.de) bzw. [www.rostockerzentrum.de](http://www.rostockerzentrum.de))

# ANHANG

## Anhang 1

### Zusammenfassung zur Empirie der Geburtendebatte

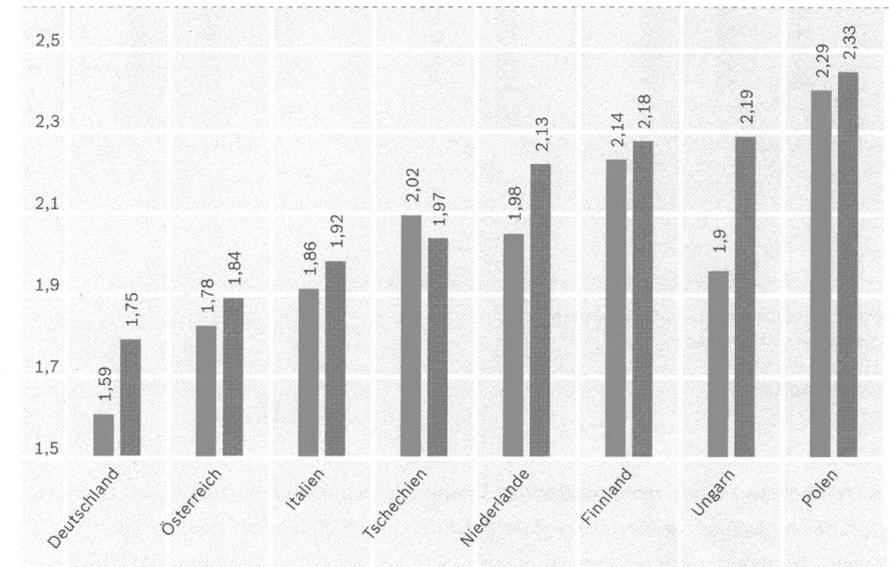
#### Geburtenrückgang – zentraler Demografiefaktor

#### Kennzeichen der Debatte: Frauen im Fokus – Gender im abseits

- 1,34 Geburtenrate heute (2,1 für „Bestandserhaltung“ erforderlich - 1,7 bei Zuwanderung von 200 000)
- Rückgang von Mehrkinderfamilien und Erhöhung des Anteils Kinderloser
- „Später“-Erstgebärende 29w, 32m
- „Man“ wünscht sich nur noch wenig mehr Kinder – als tatsächlich geboren werden:
- Frauen wünschen sich 1,75 Kinder
- Männer 1,59 Kinder UND
- Anteil dauerhaft kinderloser Männer - größer als bei Frauen
- Männer wünschen weniger Kinder als Frauen UND
- Jeder 4. Mann – jede 7. Frau WILL kinderlos bleiben, das sind = 24% der Männer – 15 % Frauen
- Seit 1991 Verdoppelung des Anteils kinderloser Männer
- Anteil hochqualifizierter Männer ohne Kinder ist größer als d. Frauen
- Paarverhalten: Hotel Mama, mehr Männer leben langfristig alleine – höhere Bindungslosigkeit.
- Längsschnittanalysen: mehr Männer als Frauen bleiben kinderlos

## Anhang 2

### Durchschnittlich gewünschte Kinderzahl in ausgewählten europäischen Ländern



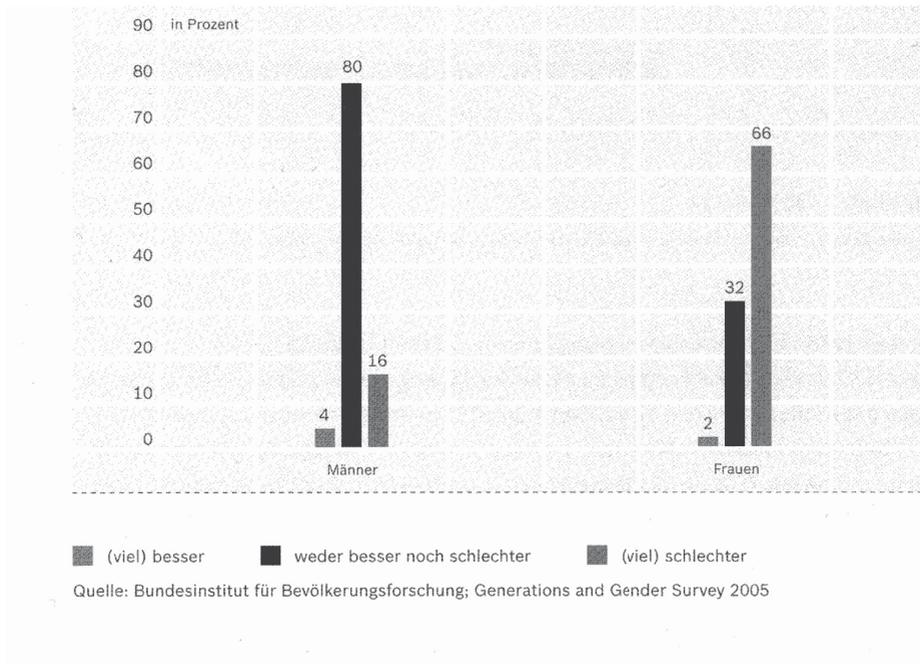
■ Männer ■ Frauen

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, PPAS 2003

Zit. nach: Robert Bosch Stiftung: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Tabelle A 1. Stuttgart 2006a

### Anhang 3

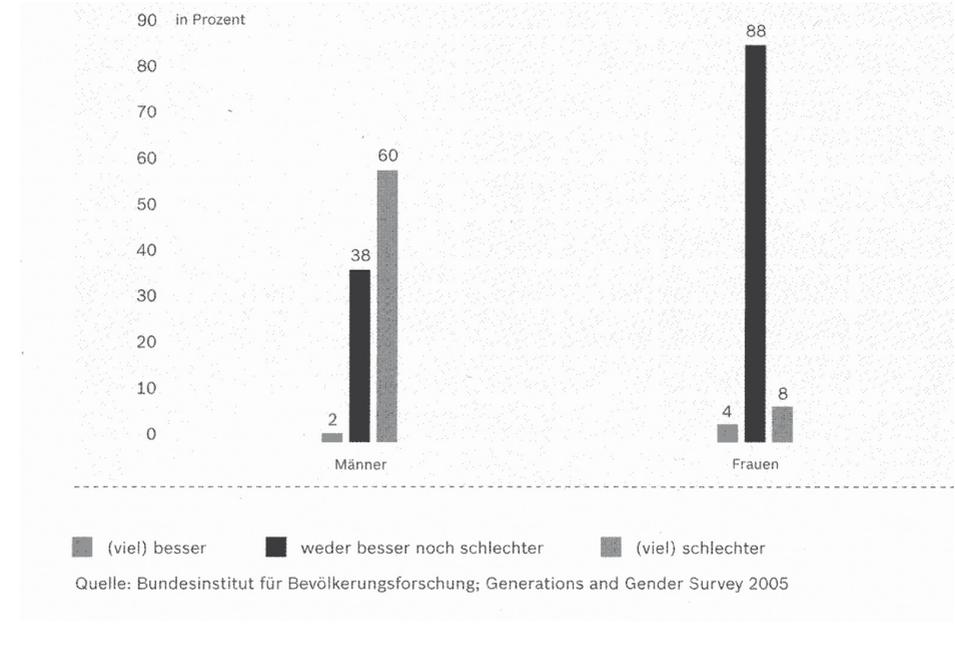
#### Eigeneinschätzung von Frauen und Männern (20-49jährig, in Partnerschaft lebend) zu beruflichen Chancen durch Kinder...



Zit. nach: Robert Bosch Stiftung: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Tabelle A 12. Stuttgart 2006a

### Anhang 4

#### Wechselseitige Einschätzung von Frauen und Männern (20-49jährig, in Partnerschaft lebend) zu den jeweiligen Beschäftigungschancen



Zit. nach: Robert Bosch Stiftung: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Tabelle A 13. Stuttgart 2006a

## Zentrale Anforderungen für Wissenschaft und Politik in „Zeiten der Demografie“

- Entwicklung von Zukunftsszenarien im Kontext von Wirtschaft, Wissenschaft, Familie und Kultur aus moderner Geschlechterperspektive *Szenarien für Berlin entwickeln!*
- **Bilder** für ältere und alternde Frauen und Männern entwerfen
- **WERTEWANDEL** durch Strukturwandel: Echte Vereinbarkeit für Frauen und Männer – Dreh- und Angelpunkt ist Neuordnung von Arbeit-Familie-Staat – Geschlechtergerechte Arbeitswelt und Familienwelt. *Analyse: Gesamtschau*
- Modernisierung der Geschlechterverhältnisse – Neues Austarieren als Notwendigkeit *Initiativen* für ein öffentliches Projekt
- Statt „allround Kleber Flexibilität“: eine andere **Zeitpolitik** – der Pfad der Moderne
- Gender und der Berliner Demografische Wandel: Entwicklung und Identifizierung des **Erkenntnis- und Handlungsbedarfs**
- **Kriterien für Empirie** identifizieren– keine Datenfriedhöfe produzieren

Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt heute und in Zukunft  
Der Beitrag erörtert (A.) die Stellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt heute und beschreibt (B.) die Auswirkungen des demographischen Wandels und den Arbeitsmarkt der Zukunft. Auf dieser Grundlage fragen wir dann (C.) nach möglichen Konturen der Frauenerwerbstätigkeit von morgen und verweisen auf Voraussetzungen für diesen gesellschaftlichen Wandel.

### A. Die Stellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt heute

Der Anteil von Frauen an den Beschäftigten in Deutschland erhöhte sich über die vergangenen Jahre kontinuierlich<sup>63</sup>. Waren im Jahr 1991 etwa 44 Prozent der Beschäftigten Frauen, lag der Wert im Jahr 2004 bereits bei nahezu 49 Prozent. Hinsichtlich des Beschäftigtenanteils hat somit eine Angleichung zwischen den Geschlechtern stattgefunden. Betrachtet man nun aber auch die Arbeitszeit, ändert sich das Bild. Ein großer Teil der Frauen, nicht aber der Männer, arbeitet Teilzeit. In Gesamtdeutschland waren von den fast elf Millionen Teilzeitbeschäftigten mehr als acht Millionen (rund 75 %) weiblich. Dies bedeutet, dass mehr als jede zweite Frau (51 %) in Westdeutschland Teilzeit erwerbstätig ist, in Ostdeutschland ist es mittlerweile deutlich mehr als jede Dritte (38 %). Der noch immer große Unterschied zwischen West und Ost kann auf die besser ausgebaute Kinderbetreuung, die traditionell höhere Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen, aber auch auf die höhere Arbeitslosigkeit ostdeutscher Männer zurückgeführt werden. Ein realistisches Bild der Beteiligung von Frauen und Männern am Erwerbsleben muss somit auch das Arbeitsvolumen, also das Produkt aus Erwerbstätigenzahlen und durchschnittlicher Arbeitszeit in den Blick nehmen. Trotz des hohen Frauenanteils von fast 50 Prozent an der Beschäftigung in Deutschland trugen Frauen aufgrund ihrer geringeren Arbeitszeit nur mit rund 41 Prozent zum gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen des Jahres 2004 bei.

<sup>62</sup> Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen Wiederabdruck. Der Originalartikel ist erschienen in: Hummel/Schack (Hrsg.), Kinderlärm ist Zukunftsmusik: Was Unternehmen und Politik für eine familienfreundliche Lebens- und Arbeitswelt leisten können, S. 37-50, 2006.

<sup>63</sup> Wanger, Frauen am Arbeitsmarkt: Beschäftigungsgewinne sind nur die halbe Wahrheit, in: IAB Kurzbericht, 22, 2005.

Neben der Arbeitszeit als solcher, unterscheidet sich auch die Verteilung der Arbeitszeiten über den Lebensverlauf deutlich zwischen Männern und Frauen. Dies ist dann leicht zu erkennen, wenn man Altersgruppen einzeln ausweist. In Abbildung 1a ist zunächst zu sehen, dass vollzeiterwerbstätige Frauen im Durchschnitt wesentlich weniger Stunden arbeiten als vollzeiterwerbstätige Männer (Abbildung 1b). Neben dem geschlechtsspezifischen Niveaueffekt zeigen sich bei vollzeiterwerbstätigen Frauen ausgesprochen deutliche Unterschiede über den Erwerbsverlauf. Während der „Familienphase“ liegen die Arbeitszeiten von Frauen wesentlich niedriger als in früheren und späteren Phasen des Lebenszyklus. Bei Männern hingegen treten diese Unterschiede nicht auf. Die Familienphase führt zu keiner Reduktion der effektiv geleisteten Arbeitsstunden. Weitergehend werden in Abbildung 1a und b die Erwerbsverläufe zu zwei Zeitpunkten betrachtet, 1996 und 2004. Bei Frauen zeigt sich im Vergleich zwischen 1996 und 2004 das erwartete höhere Ausgangsniveau der Erwerbstätigkeit, der Einbruch in den Arbeitszeiten erfolgt zu einem späteren Lebensalter, ist bei später geborenen Frauen (2004) allerdings sogar etwas höher als bei den früher geborenen Kohorten (1996). Bei Männern liegen die Arbeitszeiten dagegen im Jahr 2004 in allen Altergruppen deutlich höher, von einem „Familiendip“ fehlt jede Spur. Ähnliche Muster zeigen sich auch bei Teilzeit erwerbstätigen Personen (Abbildung 2a und 2b). Auch hier erkennt man den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Familienphase bei Frauen (Abbildung 2a) deutlich, bei Männern (Abbildung 2b) ist ein solcher Zusammenhang nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Zwischen 1996 und 2004 steigen bei Männern unter 40 Jahren die gearbeiteten Stunden deutlich, während bei Frauen Veränderungen kaum erkennbar sind.

Abbildung 1:

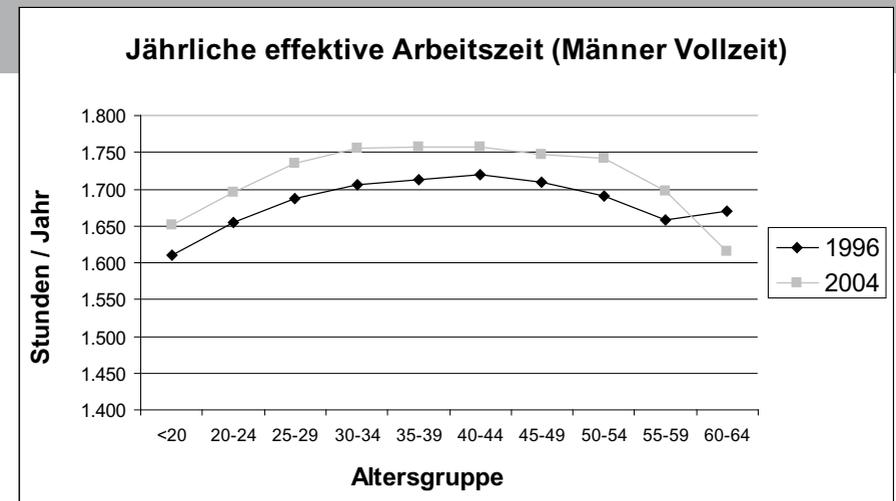
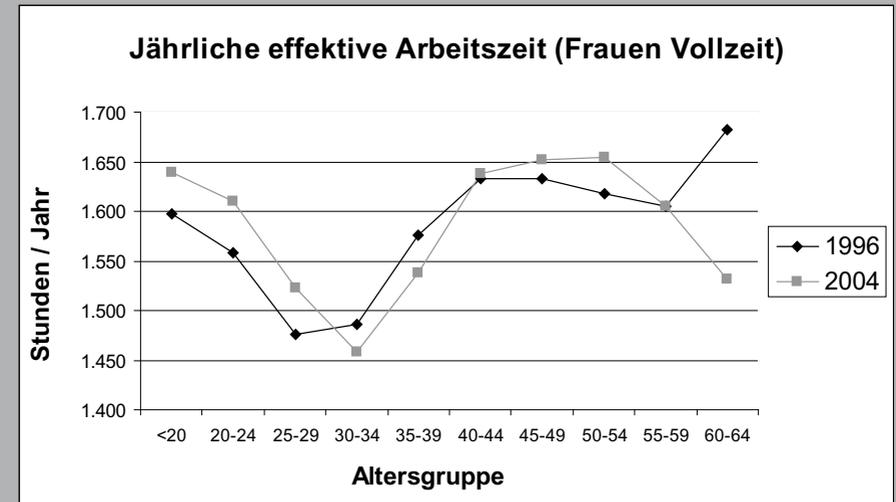
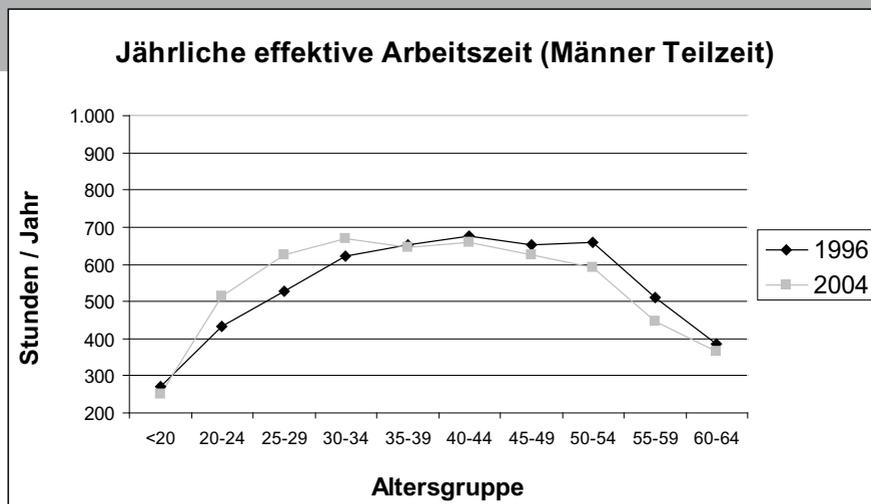
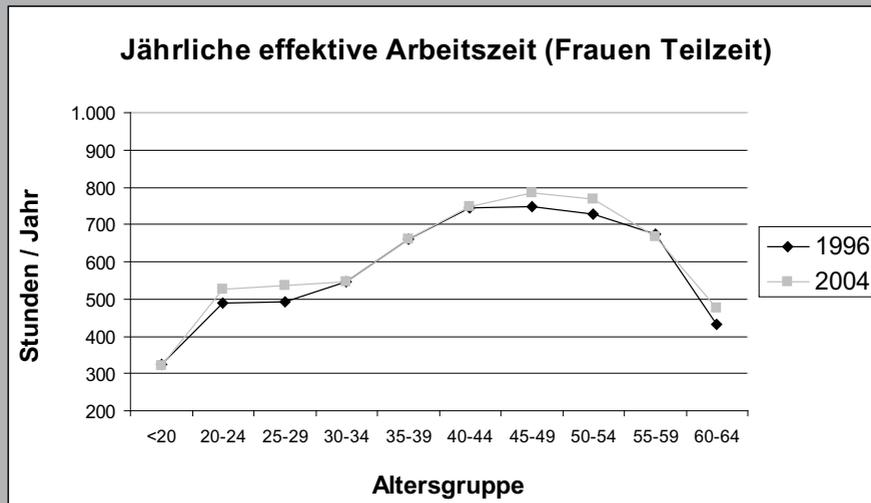


Abbildung 2:



Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Altersgruppen

Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Arbeitszeit tragen wesentlich zu Unterschieden im Einkommen<sup>64</sup> bei. Die Einkommen von Frauen liegen dabei auch unter Berücksichtigung der Arbeitszeiten niedriger als jene der Männer, da sich Phasen der Teilzeitarbeit negativ auf die Karriereentwicklung auswirken. So verwundert es wenig, dass auch heute noch Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert sind. Die Ergebnisse der IAB-Führungskräftestudie<sup>65</sup> zeigen, dass Frauen in der obersten Führungsebene mit einem Anteil von etwa 25 Prozent relativ schwach vertreten sind. In der zweiten Führungsebene<sup>66</sup> ist der Frauenanteil mit 41 Prozent wesentlich höher und nähert sich dem durchschnittlichen Frauenanteil an allen Beschäftigten. Vergleicht man Ost- und Westdeutschland, so sind Frauen in den neuen Bundesländern auf der ersten Führungsebene mit 28 Prozent stärker vertreten als in Westdeutschland (23%), auf der zweiten Führungsebene zeigen sich keine Unterschiede.

Doch zurück zu den Arbeitszeiten und deren Lagerung im Lebensverlauf, nun unter expliziter Berücksichtigung von Kindern unter 12 Jahren und mit Blick auf einen europäischen Vergleich. Welche Unterschiede und damit Gestaltungsoptionen lassen sich erkennen? Zunächst, und nur als grobe Orientierung, zur Position Deutschlands innerhalb der EU-25. Die Erwerbstätigenquote von Frauen ohne Kinder liegt in Deutschland mit etwa 80 Prozent leicht über der entsprechenden durchschnittlichen Quote der EU-25 Länder (75%). Betrachtet man hingegen Frauen mit Kindern unter 12 Jahre, so fällt die Erwerbstätigenquote in Deutschland um fast 20 Prozentpunkte und damit stärker als im EU25-Länderdurchschnitt. Auffallend hoch ist vor allem die Teilzeitbeschäftigung bei Müttern jüngerer Kinder in Deutschland: Über die Hälfte (59%) dieser erwerbstätigen Mütter arbeitet Teilzeit, im Durchschnitt der EU25 sind dies nur etwas über ein Drittel (38%). Die Erwerbstätigenquote von Männern lag im EU25-Durchschnitt im Jahr 2003 bei 86 Prozent. Die Teilzeiterwerbstätigenquote ist bei Männern ohne Kinder (4%) und bei Männern mit Kindern unter 12 Jahren (3%) in der EU25 sehr niedrig. In fast allen Ländern zeigt sich auch eine leicht höhere Erwerbstätigenquote bei Männern mit Kindern unter 12 Jahren (91%).<sup>67</sup>

64 Achatz/Gartner/Glück, Bonus oder Bias? Mechanismen geschlechtsspezifischer Entlohnung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 57, Heft 3, S. 466-493, 2005.

65 Kleinert/Kohaut, Endbericht der IAB-Führungskräftestudie, 2005.

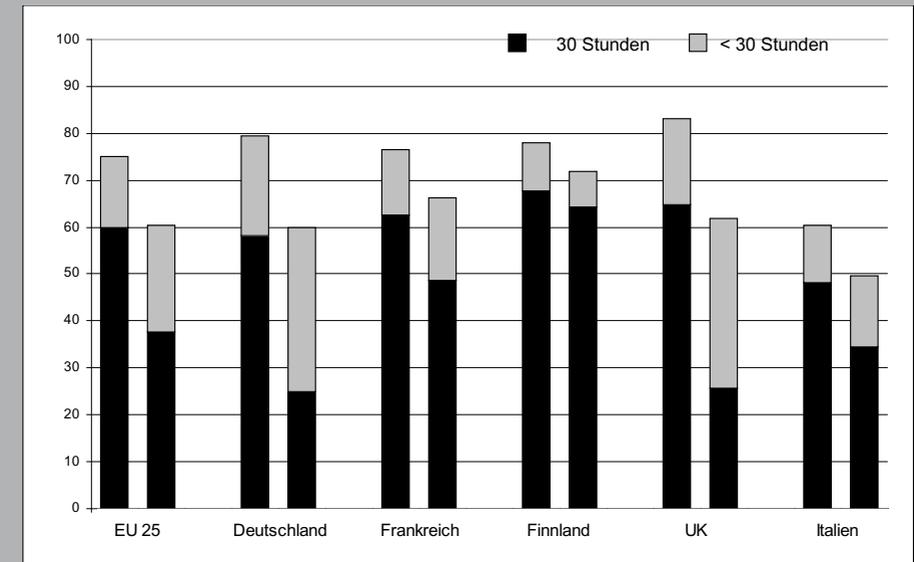
66 Allerdings verfügte in Westdeutschland nur etwa ein Fünftel der Betriebe über eine zweite Führungsebene, in Ostdeutschland lediglich ein Siebtel.

67 Aliaga, Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern, in: Eurostat (Hrsg.), Statistik kurz gefasst: Bevölkerung und soziale Bedingungen Nr.4, 2005. Europäische Arbeitskräfteerhebung 2003.

Solche Durchschnitte besagen bei Männern einiges, da die Bandbreite zwischen den Ländern nur gering ist. Bei Frauen besagen diese Durchschnitte nur wenig, denn die zwei Komponenten der Erwerbsbeteiligung – Höhe und Arbeitsvolumen – sind bei Frauen in Europa sehr unterschiedlich verteilt. Exemplarisch soll dies an fünf Ländern gezeigt werden, die für eine je unterschiedliche Sozial- und Familienpolitik stehen.<sup>68</sup> Zunächst (West-) Deutschland mit dem klassischen Modell eines Einverdiener Haushaltes, bei welchem die Erwerbstätigkeit der Frau traditionell nur der (finanziellen) Not geschuldet war und welches sein gesamtes Sozialsystem auf die von Ehemännern abgeleitete Versorgung der Frau abgestellt hat. Unterschiede zwischen Familien mit und ohne Kinder blieben ebenso lange unreflektiert wie Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Ganz anders Frankreich, welches sich insbesondere der Gleichstellung von Familien mit und ohne Kinder verschrieb, ganz anders aber auch Finnland, in welchem Unterschiede zwischen Männern und Frauen vorrangig abgebaut werden sollten. Klassischen Typologien folgend, bezeichnet man (West-) Deutschland als konservatives Wohlfahrtsregime, Finnland gehört zur Gruppe der sozialdemokratischen Regime, Großbritannien wie auch die USA gelten als Prototypen liberaler Regime. Italien schließlich wurde als Land des ‚latin rims‘ bezeichnet.

<sup>68</sup> Die Auswahl orientiert sich nach: Gösta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press, 1990. Hiernach lassen sich zunächst drei so genannte Welfare Regimes unterscheiden, ein sozialdemokratisches, ein konservatives und ein liberales.

Abbildung 3: Erwerbstätigenquote und Wochenarbeitszeit von Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren mit und ohne Kinder unter 12 Jahren in der EU25 im Jahr 2003.



Anmerkung: 1) Linker Balken: ohne Kinder 2) Rechter Balken: mit Kindern unter 12 Jahren

Quelle: Aliaga, 2005; Europäische Arbeitskräfteerhebung 2003

Betrachtet man Abbildung 3, so werden die Unterschiede in der Höhe der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit und ohne Kinder deutlich, besonders auffällig ist jedoch das Ausmaß der Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit und ohne Kinder (gravierend in Deutschland und Großbritannien mit je 20 Prozentpunkten, gering in Frankreich, insbesondere in Finnland, mit 10 bzw. 6 Prozentpunkten) und das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung (wiederum besonders ausgeprägt in Deutschland und in Großbritannien). Der Vergleich macht somit nochmals deutlich: Deutschland hinkt in der Gleichstellung von Männern und Frauen ebenso zurück wie in der Chancengleichheit zwischen Familien mit und ohne Kinder. Wie sieht die Zukunft aus?

## B. Die demographische Entwicklung und der Arbeitsmarkt der Zukunft

Neue Projektionen zur Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland präzisieren längst bekannte Tendenzen: die Bevölkerungszahl und damit das Arbeitskräfteangebot oder „Erwerbspersonenpotenzial“ (Erwerbstätige, Erwerbslose und stille Reserve), nehmen ab.<sup>69</sup> Bei einem aus heutiger Sicht durchaus als realistisch einzuschätzenden jährlichen positiven Wanderungssaldo von 200.000 Ausländern wird das Erwerbspersonenpotenzial bis zum Jahr 2050 um etwa neun Millionen Personen von heute fast 45 Millionen auf etwa 36 Millionen gesunken sein. Neben diesen Niveaueffekt tritt eine veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft. Während einer langen Übergangszeit gibt es wesentlich mehr ältere als jüngere Personen.<sup>70</sup> Für die Frage nach der Chancengleichheit der Geschlechter mag diese Entwicklung wesentlich sein.

Der Frauenanteil am Erwerbspersonenpotenzial erhöht sich in auch in Zukunft. Er bestimmt sich zum einen durch die Erwerbsbeteiligung von Frauen, aber auch anhand des Anteils von Frauen bei Zu- und Abwanderung. Eine höhere Zuwanderung hat auch einen größeren Anteil von Frauen am Arbeitskräfteangebot zur Folge. Bei einem Nettozuwanderungssaldo von 200.000 wird der Frauenanteil am Erwerbspersonenpotenzial von heute etwa 45,5 Prozent auf circa 48 Prozent in 2050 gestiegen sein. Doch auch bei einer niedrig angesetzten Nettozuwanderung von 100.000 wird sich der Frauenanteil aller Voraussicht nach in Zukunft erhöhen (siehe Abbildung 4).

<sup>71</sup> <sup>72</sup>

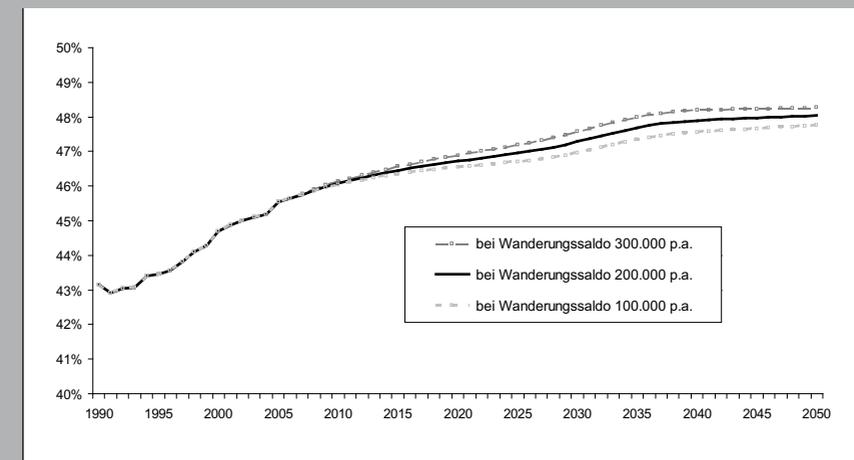
<sup>69</sup> Vgl. ausführlich Fuchs/Dörfler, Projektion des Arbeitsangebots bis 2050: Demographische Effekte sind nicht mehr zu bremsen, in: IAB Kurzbericht, 11, 2005. (<http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb1105.pdf>)

<sup>70</sup> Genaue Zahlen zu diesem Thema finden sich z.B. bei: Fuchs/Söhnlein, Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung bis 2050, in: IAB Forschungsbericht, 16, 2005, Tabelle 1 (Anhang), S. 31. (<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2005/fb1505.pdf>)

<sup>71</sup> In den letzten Jahren zeigte sich beim Wanderungssaldo ein etwas höherer Frauenanteil. Diese Annahme wird bei der abgebildeten Projektion des Frauenanteils am Erwerbspersonenpotenzial aufrecht erhalten.

<sup>72</sup> Vgl. Fuchs/Dörfler, a.a.O.

Abbildung 4: Frauenanteil am Erwerbspersonenpotenzial bei verschiedenen Wanderungsannahmen

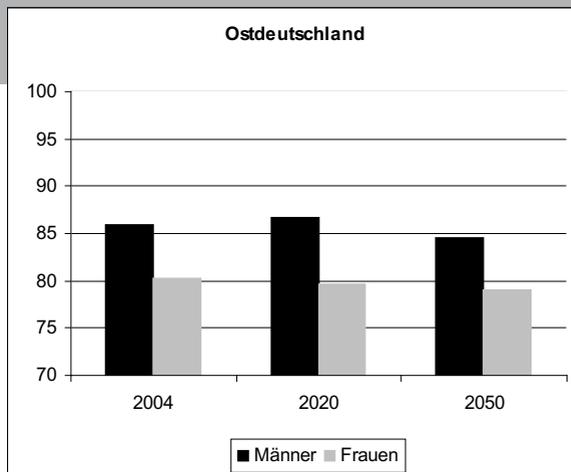
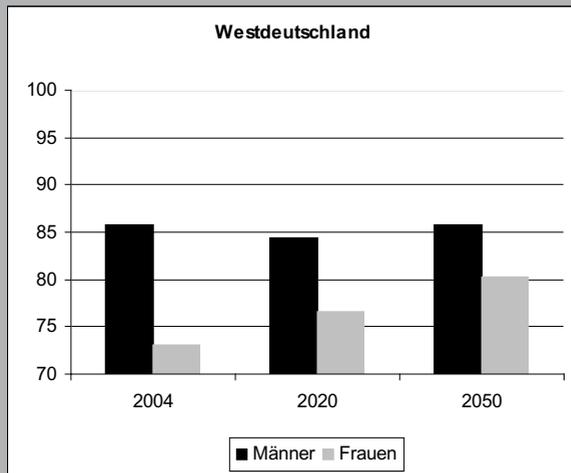


Quelle: Fuchs/Dörfler, a.a.O.

Eine Vorausschätzung der Potenzialerwerbsquoten deutscher Frauen in West- und Ostdeutschland für die Jahre 2020 und 2050 ist in Abbildung 5 dargestellt. Insgesamt wird die Potenzialerwerbsquote von deutschen Frauen in Westdeutschland von etwa 73 Prozent im Jahr 2004 auf circa 77 Prozent im Jahr 2020 und circa 80 Prozent im Jahr 2050 steigen und sich damit der Quote deutscher Frauen in Ostdeutschland annähern (2004: 80 %; 2020: 80 %; 2050: 79 %). Die aktuellen und prognostizierten Potenzialerwerbsquoten deutscher Männer in West- und Ostdeutschland liegen in einem Bereich von 84 bis 86 Prozent. Der Abstand zwischen Männern und Frauen wird sich somit deutlich abbauen.

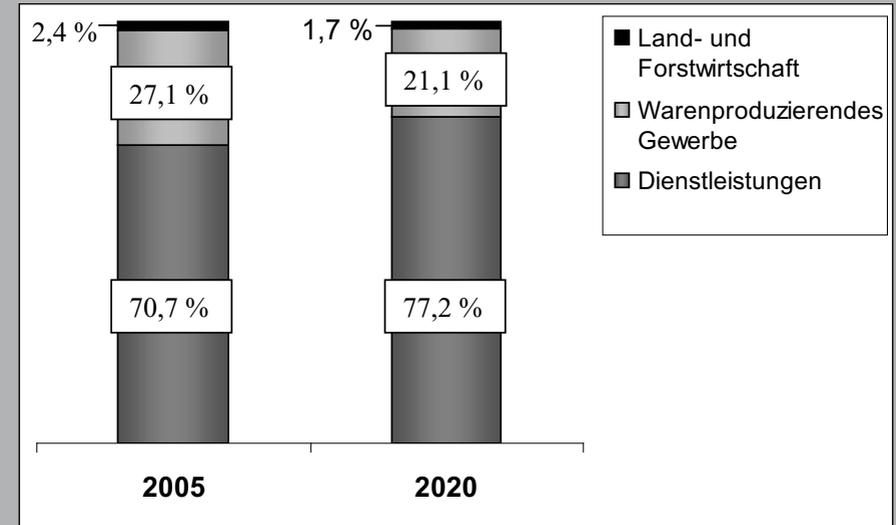
Zudem wird Deutschland nach einhelligen Prognosen aller wirtschaftswissenschaftlichen Institute auch in Zukunft Produktionsstandort für innovative und hochwertige Produkte bleiben. Während die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau abnimmt, werden vor allem im Dienstleistungssektor – insbesondere bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen – weit höhere Beschäftigungsanteile auftreten (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 5: Potenzialerwerbsquoten deutscher Frauen und Männer (Jahre 2004, 2020 und 2050)



Quelle: Fuchs/Dörfler, a.a.O.

Abbildung 6: Anteile der Sektoren an den Erwerbstätigen 2005 und 2020



Quelle: Fuchs/Dörfler, a.a.O.

Ein solcher Trend zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wird mit einer Steigerung des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften einhergehen und zu einem Rückgang von Arbeitsplätzen für Niedrigqualifizierte führen.<sup>73</sup> Untersucht man nun aber die Abgänge aus allgemein bildenden Schulen des Schuljahres 2003/04 nach Abschlussart und Geschlecht (vgl. Abbildung 7), fällt auf, dass etwa 45 Prozent der weiblichen Schulabgänger einen Realschulabschluss und 28 Prozent (Fach-)Hochschulreife hatten, während es bei den männlichen Absolventen nur 41 Prozent respektive 21 Prozent waren.<sup>74</sup> Einen Hauptschulabschluss erwarben 22 Prozent der Absolventinnen und 28 Prozent der Absolventen. Nur sechs Prozent der weiblichen Schulabgänger konnten keinen Abschluss erwerben, jedoch waren es fast 11 Prozent der männlichen Schulabgänger. Betrachtet man die beruflichen Abschlüsse von erwerbstätigen Frauen und Männern im Jahr 2004, weisen Frauen zwar eine etwas niedrigere Abschlusstruktur

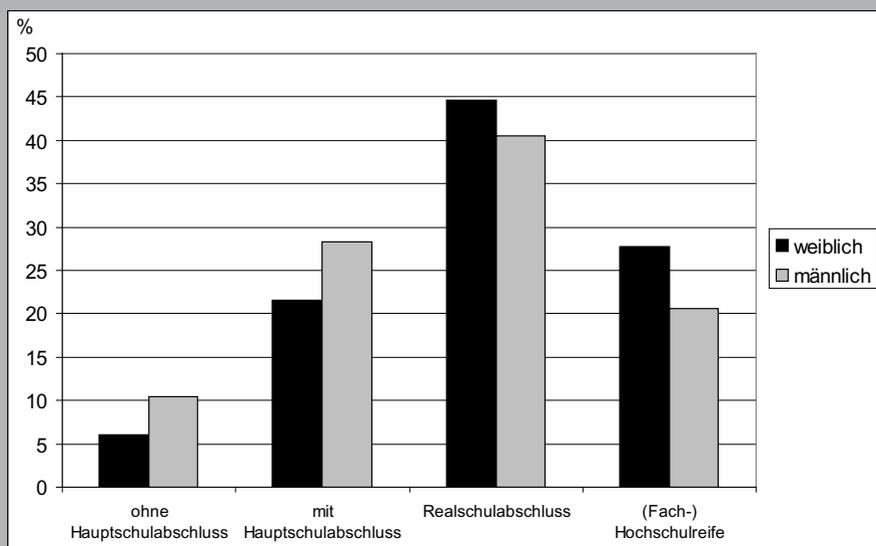
<sup>73</sup> Vgl. z.B. Schnur/Zika, Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2020: Nur zögerliche Besserung am deutschen Arbeitsmarkt, in: IAB Kurzbericht, 12, 2005. (<http://n0015011.vz.ba.de/intranet/publikationen/kb2005.htm>)

<sup>74</sup> Statistisches Bundesamt, Bildung und Kultur: Allgemein bildende Schulen Schuljahr 2004/05, Fachserie 11, Reihe 1, S. 141, 2005.

auf als Männer.<sup>75</sup> Gemäß der qualifikationsspezifischen Angebotsprojektion der Bund-Länder-Kommission wird bis zum Jahr 2015 aber nicht nur der Frauenanteil an ungelernten Arbeitskräften sinken, ebenso werden Frauen auch in weit höherem Maße Teil des qualifizierten Arbeitsangebots sein.<sup>76</sup>

Verbindet man die eingangs an wenigen Beispielen dargestellten Fakten der Erwerbstätigkeit von Frauen heute mit den eben beschriebenen demographischen Entwicklungen, so ist in den kommenden Jahrzehnten eine Annäherung der Erwerbsmuster von Frauen und Männern zu erwarten. Dies dürfte für die Höhe der Erwerbsbeteiligung wie für deren Kontinuität gleichermaßen gelten. Mit der Angleichung der Beschäftigungsmuster von Männern und Frauen gehen dann weitere Entwicklungen einher.

Abbildung 7: Absolventen/Abgänger aus allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2003/04 nach Abschlussart und Geschlecht



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005

So werden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen nach hierarchischer

<sup>75</sup> Reinberg/Hummel, Vertrauter Befund: Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit, in: IAB Kurzbericht, 9, 2005.

<sup>76</sup> Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.), Zukunft von Bildung und Arbeit: Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2015, in: Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung Nr. 104, 2002.

Position und damit auch im Einkommen nicht nur mit Unterschieden in Bildung und Ausbildung, sondern auch mit geschlechtsspezifischen Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit nach der Geburt von Kindern, Unterschieden in der Arbeitszeit und Unterschieden in der Dauer der Betriebszugehörigkeit erklärt.

Allerdings kann alles auch anders kommen. Der demographische Wandel führt zu wachsenden Anforderungen hinsichtlich der Pflege von immer länger lebenden Eltern und Großeltern. Schätzungsweise wird „...im Jahr 2020 die Zahl von Personen, die auf stationäre oder ambulante Pflege angewiesen sind, um 23 Prozent bis 35 Prozent gewachsen sein.“<sup>77</sup> Auch neue Herausforderungen in der Kindererziehung und wachsende Erfordernisse hinsichtlich der Integration von Personen mit Migrationshintergrund sind zu bewältigen. Dies sind gesellschaftlich notwendige Arbeiten oft außerhalb bezahlter Erwerbstätigkeit und traditionelle Frauendomänen. Diese Arbeiten können zumindest bei den derzeit herrschenden Vorstellungen ununterbrochener Erwerbsmuster schlecht geleistet werden. Anstelle einer weitgehenden Gleichstellung von Männern und Frauen aufgrund des demographischen Wandels könnte man somit auch ein weiteres Auseinanderdriften der Geschlechtergleichheit erwarten.

### C. Voraussetzungen für die Geschlechtergleichheit von morgen

Die demographische Entwicklung bietet nur dann Ansatzpunkte für eine höhere Gleichheit der Chancen von Männern und Frauen, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert werden. Was also ist zu tun? Anzusetzen ist an der öffentlichen Infrastruktur, an den Arbeitsbedingungen von Betrieben und der Arbeitsteilung im Privaten. Im Ergebnis brauchen wir neue Muster von Lebens- und Erwerbsverläufen, die die Herausforderungen von morgen nicht als unlebbares Druck, sondern als kompatible Chancen begreifen und gestalten. Dies gilt für Frauen wie für Männer.

<sup>77</sup> Kleinert/Dietrich, Weiterbildung für Arbeitslose: Pflegeberufe pflegen, in: IAB Forum, 2, 2005.

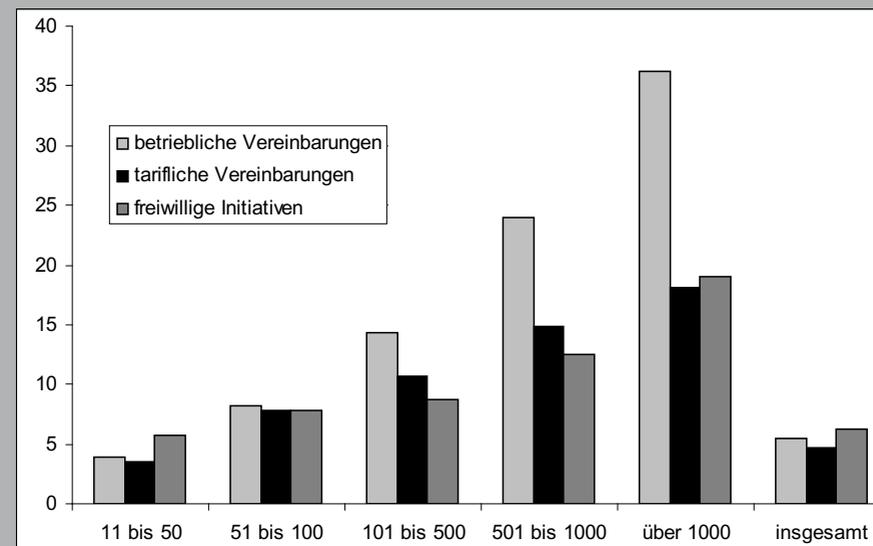
## Im Einzelnen:

Die öffentliche Infrastruktur muss in den Bereichen von Bildung und Weiterbildung grundsätzlich verstärkt werden. Damit verweisen wir nicht nur auf das Fehlen einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung, die in jungen Jahren ansetzt, den weiteren und schnellen Ausbau von Ganztagschulen, den Abbau des im internationalen Vergleich außerordentlich hohen Anteils von Niedrigqualifizierten, wir verweisen auch auf systematische Angebote an Weiterqualifizierung. Und dies weit mehr als nur im formalen Sinn. Bildung ist hier auch Wertbildung im nichtökonomischen Sinne, etwa dem altersübergreifenden Wissen und Respekt vor und um ein Miteinander. Familienpolitik, Infrastrukturpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik sind mehr als heute zu verschränken, zusammen und nicht partikular bestimmen sie die Lebensentwürfe von Personen.

Betriebe ihrerseits sind in die Verantwortung zu nehmen. Insbesondere wichtig sind Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, deren Auf- und Ausbau schlichtweg stagniert. So zeigen die Ergebnisse des IAB Betriebspanels<sup>78</sup> im Zeitvergleich 2002 bis 2004, dass sich hier fast nichts getan hat. Die Verbreitung von betrieblichen und tariflichen Vereinbarungen zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, wie auch die der freiwilligen Initiativen nahm von 2002 bis 2004 nur um einen bis maximal zwei Prozentpunkte zu (oder gar ab). Im Jahr 2004 hatten etwa fünf Prozent der Betriebe tarifliche und sechs Prozent betriebliche Vereinbarungen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern getroffen. Etwa sechs Prozent der Betriebe gaben an, freiwillige Initiativen zur Verbesserung der Chancengleichheit getroffen zu haben, dagegen stehen 86 Prozent der Betriebe, welche angaben, keine Aktivitäten zur Förderung der Chancengleichheit getroffen zu haben. Zudem lässt sich feststellen, dass es nach wie vor die Großbetriebe sind, die sich mit Initiativen oder Vereinbarungen bei der Förderung der Chancengleichheit von Frauen oder Männern engagieren.

78 Seit 1993 führt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Betriebspanel jährliche Befragungen von bundesweit mittlerweile knapp 16.000 Betrieben aller Branchen und Größen durch.

Abbildung 8: Betriebe mit Vereinbarungen zur Chancengleichheit nach Betriebsgröße (Anteil an allen Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten, in Prozent)



Anmerkung: Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, gewichtete Werte  
Quelle: IAB-Betriebspanel 2004, 12. Welle West, 9. Welle Ost

Abbildung 8 verdeutlicht die Größenabhängigkeit der Gleichstellungsaktivitäten. Der Anteil von betrieblichen und tariflichen Vereinbarungen sowie von freiwilligen Initiativen steigt kontinuierlich mit jeder Betriebsgrößenklasse. Insbesondere betriebliche Vereinbarungen nehmen vergleichsweise stark zu. Etwa 15 Prozent der Betriebe mit über 100 bis 500 Beschäftigten haben betriebliche Vereinbarungen zur Förderung der Chancengleichheit getroffen. In Betrieben mit über 500 bis 1000 Beschäftigten liegt dieser Anteil bei fast einem Viertel, in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten bei über 36 Prozent.<sup>79</sup>

Gleichstellungsmaßnahmen sind für die Betriebe selbst alles andere als schädlich. Ergebnisse einer Studie<sup>80</sup> des IAB lassen erkennen, dass Betriebe

79 Vgl. detaillierter Allmendinger/Kohaut/Möller, Förderung der Chancengleichheit: Noch immer leicht asynchron, in: IAB Forum, 1, im Erscheinen (2006).

80 Gartner, Was tun Betriebe zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit und der Chancengleichheit von Frauen und Männern in ihren Betrieben: Auswir-

mit Vereinbarungen zur Verbesserung der Chancengleichheit in vielen Bereichen besser abschneiden als Betriebe ohne solche Vereinbarungen. So zeigt sich in Betrieben mit Vereinbarungen zur Verbesserung der Chancengleichheit eine höhere Wertschöpfung pro Kopf, eine bessere Beschäftigtenentwicklung, ein steigender Frauenanteil im Allgemeinen sowie ein höherer und steigender Frauenanteil im Management. Die Untersuchungen auf Ebene der Personen ergaben zudem, dass der Lohn in Betrieben mit einer Vereinbarung höher ist als in Betrieben ohne Vereinbarung. Der Lohnunterschied zwischen Personen mit und ohne Kinder ist in Betrieben mit Gleichstellungsmaßnahmen ebenso geringer.

All diese Maßnahmen wären dann verkürzt und auch wirkungslos, würden sie nur auf Frauen begrenzt. Chancengleichheit heißt auch, an Männer zu denken, auch Ihnen Chancen zu geben, Lebensbereiche miteinander zu verbinden und nicht auf die Arbeitswelt zu reduzieren. Hierfür sind Lebensverläufe mit Gestaltungsoptionen nötig, es bedarf eines Aufbrechens des überholten, aber institutionell immer wieder eingeforderten Dreiphasenmodells deutscher Lebensverläufe mit klaren und normierenden Altersvorgaben. Ein Modell, welches noch heute die spezifische Lagerung von Lebensverläufen in den Vordergrund stellt. Es geht um einen möglichst frühen Eintritt in den Arbeitsmarkt und um einen Renteneintritt mit 65, 67 oder 70 Jahren, ganz gleich wie leistungstark die Personen dann noch sind. Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit werden immer noch negativ sanktioniert, gehen immer einher mit geringeren Optionen auf dem Arbeitsmarkt. Unterbrechungen werden gleichgesetzt mit Arbeitslosigkeit oder Krankheit, allein Unterbrechungen wegen Kindererziehung werden (noch) nicht negativ stigmatisiert. In Deutschland sind Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit etwas genuin Schlechtes. Warum eigentlich? Wir leben zunehmend länger, bei zunehmend besserer Gesundheit. Wir haben zunehmend mehr Verantwortung. Wir müssen uns weiterbilden, wir müssen andere pflegen und uns sozial engagieren. Vielleicht wollen wir das auch. All das aber geht nicht auf einmal, wir brauchen Raum, eine auch zeitliche Entzerrung von Lebensverläufen.<sup>81</sup>

Es gilt, all diese lösbaren Herausforderungen anzugehen, und sie zügig anzugehen. Dann kann der demographische Wandel wirklich zur Chance für Frauen werden, und nicht nur für diese.

---

kungen auf die Produktivität und auf die Situation von Eltern bzw. von Frauen und Männern, Projektbericht, 2005.

<sup>81</sup> Allmendinger/Dressel, Familien auf der Suche nach der gewonnenen Zeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23/24, S. 24-29.

## Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung Berlinspezifische Ansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels.

Staatssekretärin Nehring - Venus hat die Eckpunkte der Senatspolitik benannt, die sich mit den Problemen befassen, den demographischen Wandel gendergerecht zu gestalten. Zusätzlich dazu möchte ich auf weitere Aktivitäten des Senats verweisen:

- es gibt eine Gender Mainstreaming Geschäftsstelle
- es gibt gezielte Förderprogramme für Frauen
- es gibt die Frauenförderverordnung
- und verschiedene in Auftrag gegebene Studien, die die Genderproblematik analysieren;

Trotzdem bleiben viele Fragen offen und viele Probleme müssen noch bewältigt werden.

Nach Senatsprognosen werden in Berlin 2020 deutlich weniger 20-30 jährige wohnen, dafür mehr 70 bis 85 jährige, der Anteil der über 75 jährigen wird um fast die Hälfte zunehmen. Das Durchschnittsalter wird 44 Jahre betragen. D.h Berlin altert extrem, wenn nicht Kinder dazu kommen

Die Kinderlosigkeit in Berlin ist hoch. Berlin liegt im Städtevergleich bei den Geburten hinter Köln, Hamburg und München. Der Anteil der Familien mit Kindern unter 18 Jahren liegt in Berlin bei weniger als einem Fünftel der Haushalte. Die zentrale Frage ist deshalb, was kann und muss die Hauptstadt tun, um familienfreundlicher zu werden und junge Menschen zur Gründung einer Familie zu ermutigen.

Ich möchte zwei Berlin spezifische Beispiele darstellen, die zeigen welche Ansätze es im Umgang mit dem demographischen Wandel gibt.

**Das erste Beispiel** ist der Versuch, den Gründen für die hohe Kinderlosigkeit in Berlin nachzugehen. Zur Unterstützung des „Berliner Bündnisses für Familien“ und im Auftrag der Stiftung Jugend und Familie des Landes Berlin haben wir (Berliner Institut für Sozialforschung) eine Studie zur

Familienfreundlichkeit Berlins durchgeführt<sup>82</sup>, um herauszufinden warum die Berliner so wenig Kinder haben. Diese Befragung wendete sich an Eltern als Experten, um aus deren Sicht zu erfahren, was positiv und was negativ in dieser Stadt ist.

Zentrales Ergebnis der ersten Berliner Elternbefragung ist, dass die Mehrheit der Berliner Eltern ihre Stadt für wenig familienfreundlich hält.

So gibt es nach Aussagen der Eltern in Berlin zwar eine beträchtliche Anzahl von Positiva, wie das verglichen mit anderen Städten große Angebot an Kitas, das gute öffentliche Nahverkehrssystem, das breite auch für Kinder interessante Freizeit- und Kulturangebot sowie die vielen Grünflächen und Spielplätze. In den Einschätzungen überwiegen jedoch die Probleme.

Diese liegen oft weniger in der Quantität der Angebote als vielmehr in der Qualität. So wird z.B. die Zahl der Kitaplätze von der Hälfte der befragten Eltern als ausreichend eingeschätzt, massive Kritik gibt es jedoch an unflexiblen Betreuungszeiten, die nicht mit den Arbeitszeiten übereinstimmen. Qualitätsprobleme gibt es auch beim öffentlichen Nahverkehr. Während das quantitative Angebot als gut angesehen wird, werden viele Probleme im Detail genannt, insbesondere von Eltern mit Kinderwagen.

Besonders positiv werden die Freizeit- und Kulturangebote bewertet. Die Angebote von Kinos, Museen und Bibliotheken und Sporteinrichtungen werden gelobt. Dennoch können viele Familien sich Besuche im Theater, Zoo und Tierpark oder Kunstaustellungen oft nicht leisten.

Was die Angebote für die Ausbildung von Jugendlichen betrifft, spiegelt sich in den Antworten der Befragten sicherlich nicht nur die Berliner Situation wider, sondern die deutsche insgesamt, die durch mangelnde Ausbildungsplätze gekennzeichnet ist. So werden die Ausbildungsplätze für Jugendliche und die Stellenangebote für Berufsanfänger als sehr unzureichend eingeschätzt. Die Studienmöglichkeiten werden demgegenüber – obwohl auch keineswegs nur positiv – deutlich besser eingeschätzt.

Auch die Wirtschaft schneidet wegen der wenig ausgeprägten Familienfreundlichkeit der Betriebe in der Bewertung der Eltern schlecht ab. Viele der Befragten vermissen Betriebskindergärten und flexiblere Arbeitszeiten insbesondere bei familiären Notfällen.

Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht bei einer Gewichtung der Gründe für die relativ hohe Kinderlosigkeit der Berliner

82 Schulze, Eva, Meyer, Sibylle, Wie familienfreundlich ist Berlin? Ergebnisse der Berliner Elternbefragung 2006 und Konzept zur Familienfreundlichkeitsprüfung, Berlin, 2007

zusammen mit ökonomischen Gründe an erster Stelle und Berlin spezifische Gründe nehmen den zweiten Platz ein. Damit liegen Berlin spezifische Gründe noch vor den individuellen Gründe, die in der öffentlichen Diskussion als Hauptgründe für Kinderlosigkeit eingeschätzt wurden (Kinder schränken zu sehr ein, bedeuten zuviel Verantwortung, bedeuten Abhängigkeit vom Partner usw.).

Dieser Befund ist ein klarer Auftrag an alle, die an der Situation der Berliner Familien etwas verbessern wollen. Es sind nicht individuelle, egoistische Gründe die zu weniger Kindern führen, sondern vielfältige Probleme die eine sichere Lebensplanung mit Kindern beeinträchtigen. Dies fordert zu verstärkten Anstrengungen auf. Anregungen für Verbesserungen finden sich in diesem Bericht viele.

**Das zweite Beispiel** ist die Verbesserung der Datenlage in Berlin.

Die politische Relevanz von gendergerechten Daten nimmt in dem Maße zu, wie die Gleichstellungsproblematik in der politischen Öffentlichkeit nicht nur diskutiert sondern auch mit Maßnahmen der Umsetzung von Gleichstellung einhergeht.

Die spezifischen Fragestellungen zur Genderproblematik sind als Querschnittsthema in vielen Datenbeständen zu finden. Für Berlin gibt es entsprechend aufbereitete Daten in vielen Studien und Datenbeständen der Berliner Senatsverwaltungen und Forschungsinstituten. Sie verfügen über differenziertes Datenmaterial zu den verschiedensten Themen. Aber es gibt bislang keine systematisierte gendergerechte Informationsbereitstellung.

Dies wurde besonders deutlich an der Erstellung des Berichts „Zur Situation der Frauen in Berlin“<sup>83</sup>. Gerade da hat sich gezeigt wie schwierig es war, Daten zu den relevanten Themen zu recherchieren und mit den verschiedenen Quellen umzugehen.

Zwei Schlussfolgerungen des Berichts sind deshalb in diesem Zusammenhang besonders relevant. Zum einen ist es die Forderungen nach einer „Genderbewußten Informationsbereitstellung“ und der „Einführung einer jährlichen Fortschreibung der Daten zu Genderfragen“<sup>84</sup> (S.231, 232).

Wir schlagen deshalb die Gründung eines Servicenzentrums „GenderDataBerlin“ vor.

83 An dem die Autorin als Beirätin beteiligt war.

84 Wagner, Alexandra, Botsch, Elisabeth, Frauen in Berlin, Bildung, Berufe, Einkommen, Berlin 2006

Mit dem Servicezentrum GenderDataBerlin wollen wir ein Portal schaffen für eine verbesserte Koordination und Zugänglichkeit von Daten und damit genderspezifische Informationen und Daten leichter abrufbar und lesbarer anbieten.

GenderDataBerlin soll die disziplinär aufgesplitteten verschiedensten Datenbestände, die geschlechtsspezifisch ausgewertet sind, zusammenführen. Die Zugänglichkeit zu Daten wird im Zuge der Umsetzung von Gender Mainstreaming immer notwendiger. Verantwortliche aus Politik, Verbänden und gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft brauchen valide Daten für die Gestaltung von Entscheidungen im Bereich Gender Mainstreaming. Die Leistungsfähigkeit einer guten Dateninfrastruktur ist damit eine wichtige Grundlage für die Umsetzung des Programms.

Ziele des geplanten Servicezentrums GenderDataBerlin sind (a) die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu existierendem Datenmaterial, (b) die Unterstützung von Politik und Verwaltung und (c) die Befähigung von Interessenten insb. aus Verbänden und gesellschaftlichen Organisationen, Gender-Daten aus den Bereichen der amtlichen Statistik sowie prozessgenerierte Daten aus den einzelnen Senatsverwaltungen, Unternehmen, Verbänden und anderer Datenproduzenten für eigene Analysen zu benutzen. Es sollen hierbei sowohl quantitative als auch qualitative Daten mit einbezogen werden.

Im Rahmen des Servicezentrum GenderDataBerlin soll in einem ersten Schritt vor allem der Zugang zu Daten der Themenbereiche „Frauen, Beruf, Familie“ erleichtert werden. Die Kompetenzen für ein solches Querschnittsthema sind disziplinär aufgesplittet und wertvolle Datenbestände sind oft nur schwer oder zu hohen Kosten zugänglich. Wichtige Entwicklungstendenzen, die sowohl für die Verwaltung als auch für Politik, Verbände und gesellschaftliche Institutionen von großem Interesse sind, können so nur mühsam abgeschätzt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll in Zusammenarbeit mit Datenproduzenten sowie den anderen Datenforschungs- und Servicezentren, die Datendokumentation vereinheitlicht werden. Zentral wird die Erstellung und Führung einer Metadatenbank mit (inter-) nationalen Zugriffsmöglichkeiten sein. Die Erarbeitung von Public Use Files und Scientific Use Files sowie die Vernetzung mit den anderen existierenden und aktuell geplanten Datenforschungs- und Servicezentren wird die Erschließung der vorhandenen Datenbestände weiter erleichtern.

Ich möchte meinen Beitrag mit einem Zitat von Renate Schmid der ehem. Familienministerin abrunden

*„Die Anwendung von Gender Mainstreaming muss erlernt werden, sowohl in Politik und Verwaltung als auch in Gesellschaft und Wirtschaft. Es erfordert eine Veränderung in der gedanklichen Herangehensweise, differenzierte Arbeitsgrundlagen, wie beispielsweise geschlechterdifferenzierte Statistiken, und ein hohes Maß an fachübergreifender Zusammenarbeit.“*

Die vorherrschende wissenschaftliche Literatur und mediale Berichterstattung zum Thema: Demographischer Wandel, lässt eine ausgewogene, geschlechtersensible Sichtweise, weitestgehend vermissen. Die gängige These lautet, dass Frauen - wer sonst! - am eklatanten Geburtenrückgang in Deutschland und deren sozialpolitischen Folgen, Schuld sind. Angestiftet von Feministinnen, stellten sie ihre persönliche berufliche Karriere über das Aufziehen von Kindern. Es war das Hauptziel unserer Tagung, dieser verkürzten und frauenfeindlichen Ansicht, eine geschlechtersensiblere und wie die Überparteiliche Fraueninitiative findet, realistischere Einschätzung, zu den Ursachen und Folgen des demographischen Wandels in Deutschland entgegen zu stellen.

**Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus**, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin, beschrieb die „**Eckpunkte einer gender- und generationsgerechten Perspektive für die Stadt Berlin**“. Ihre Ausführungen zeigten: der Senat und das Land Berlin haben die Bedeutung des demographischen Wandels als wichtigen Schwerpunkt der politischen Arbeit der nächsten Jahre erkannt, dabei auch die erkannten Defizite zB in der Aus- und Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen, wie auch die fehlenden Pflege- und Betreuungskapazitäten in Berlin, die für Pflegenden, Patienten und Angehörige (mehrheitlich Frauen) ausgebaut werden sollen.

**Dr. Ulla Regenhard**, argumentierte in Ihrem Vortrag „**Gender im Abseits des demographischen Wandels? Zur wissenschaftlichen und medialen Debatte**“, dass der demographische Wandel eine direkte Folge der Diskriminierung der Frauen ist, die noch heute die zurückgehende Kindergeburtensrate einzig den Frauen anlastet, obwohl nachweislich doppelt so viele Männer wie Frauen k e i n e Kinder wollen. Die strukturellen und politischen Verhältnisse in Deutschland lassen eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht zu. Väter und Mütter wollen eine Arbeitswelt und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es ihnen erlauben, ausreichend Zeit mit ihren Kindern und der Familie zu erbringen. Das männliche „Haupternährermodell“ hat schon lange ausgedient. Regenhard fordert deshalb neben qualitativ hochwertiger öffentlicher Kinderbetreuung

mit flexiblen Öffnungszeiten, eine „Dreizeitgesellschaft,“ die dem Bedarf an Erwerbsarbeit, Zeit mit der Familie und Zeit für sich selber, Rechnung trägt.

**Prof. Dr. Allmendinger und Christian Ebner** schilderten in ihrem Vortrag, „**Der alternde Arbeitsmarkt – Fakten, Mythen, Perspektiven**“, vor allem die Folgen der schrumpfenden Bevölkerung auf den Arbeitsmarkt für Frauen. Während es heute noch so ist, dass Frauen wesentlich weniger Stunden erwerbstätig sind als Männer, wird sich der Druck auf Frauen Vollzeit zu arbeiten und gleichzeitig ihre Eltern und Großeltern zu pflegen, in den nächsten 20-30 Jahren stark erhöhen. Diese Prognose ergibt sich aus der steigenden Nachfrage der deutschen Wirtschaft an Fachpersonal mit sehr hohem Bildungs- und Qualifikationsniveau sowie der Abnehmenden Nachfrage nach Hilfstätigkeiten. Für diese gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderung ist Deutschland nicht gewappnet. Im Vergleich zu anderen wirtschaftlich führenden Staaten, ist das Bildungs- und Qualifikationsniveau der Deutschen in den letzten 15 Jahren, stetig gesunken. Allmendinger/ Ebner fürchten wie Regenhard, dass der demographische Wandel sogar ein „Auseinanderdriften der Geschlechtergerechtigkeit“ mit sich bringen könnte, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht grundlegend geändert werden. Auch sie fordern für Männer und Frauen „neue Muster von Lebens- und Erwerbsverläufen, die die Herausforderungen von morgen nicht als unlebbaaren Druck, sondern als kompatible Chancen begreifen und gestalten

**Dr. Eva Schulze** bescheinigt in „**Berlinspezifische Ansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels**“ der Berliner Politik und deren Verwaltung, dass sie schon viel erreicht hat, aber trotzdem noch mehr tun muss. Aus einer Elternbefragung kam heraus, dass Familien in Berlin vor einer Familiengründung zurückschrecken, u.a. wegen der schlechteren ökonomischen Situation Berlins und der qualitativ nicht ausreichenden Kinderbetreuung. Aufbauend auf dem soeben veröffentlichten Senatsbericht „Zur Situation von Frauen in Berlin“ stellte Schulze fest, dass es zwar eine Fülle von Material zum demographischen Wandel in Berlin gebe, aber keine gendergerechte Informationsbereitstellung. Sie fordert deshalb die Einrichtung eines Service-Centrums „GenderDataBerlin.“ Die Politikerinnen des Abgeordnetenhauses Ramona Pop (Grüne), Canyon Bayram (SPD), Mieke Senftleben (FDP), und die Staatssekretärin für Frauen Almuth Nehring-Venus (Die Linke.), stimmten der Einschätzung von Dr. Schulze zu.

Aus dem abschließenden Dialog zwischen diesen Politikerinnen, dem Publikum der Tagung und der Wissenschaftlerinnen sowie den vorangegangenen Vorträgen, zieht die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen, folgende Schlussfolgerungen:

#### Wir brauchen in Deutschland:

1. gesellschaftliche Strukturen, die das „Hauptnährermodell“ in den steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen durch ein gleichberechtigtes, Familien mit Kindern unterstützendes Rollenmodell ablöst. Dies ist eine Aufgabe von Bund und Ländern. Berlin sollte hierbei Vorreiter sein.
2. eine ausgeglichene „Work-Life-Balance“ für Männer und Frauen:
  - Familienfreundlichere Arbeitsplätze und Arbeitszeiten
  - eine Entzerrung der Phase, in der Frauen Kinder bekommen/aufziehen sollen und sich gleichzeitig um die Pflege der Eltern-, Großeltern kümmern sollen durch z.B. durch Unterstützung von jungen Müttern/ Vätern in Ausbildung und Studium, dafür ggf. auch längere Lebensarbeitszeiten. Dies ist eine Aufgabe von Wirtschaft und Politik. Berlin könnte hier Zeichen setzen in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern.

#### Wir brauchen in Berlin:

3. eine quantitativ und qualitativ bessere Betreuung für hilfebedürftige Familienmitglieder.
4. eine Bildungsoffensive,
  - die insbesondere Fördermaßnahmen in Kitas und Grundschulen, die Abschaffung der Hauptschulen, mehr gemeinsames Lernen, Kitagutscheine oder kostenlose Kinderbetreuung beinhaltet
  - die Mädchen und Jungen für ein breiteres Berufsspektrum gewinnt (mehr Mädchen in naturwissenschaftlich-technische Berufe, mehr Jungen in soziale und sonstige Dienstleistungsberufe)
  - die verstärkt Jungen anspricht, insbesondere mit Migrationshintergrund
  - die gezielt Qualifizierungs- und Arbeitsmarktprogramme für Ältere und Menschen mit geringer Qualifizierung ansprechen.
5. besser aufgearbeitete, aussagekräftige geschlechtsspezifische Daten (z.B. eine GenderData-Bank) für die gesamte interessierte Öffentlichkeit.
6. bessere arbeitsmarktpolitische Programme für Ältere und für junge Menschen mit einem zu niedrigem Bildungsniveau.

Die anwesenden Politikerinnen verabschiedeten sich mit dem Versprechen, die Ergebnisse der Tagung in die Beratungen der Berliner Enquetekommission Demographischer Wandel einzubringen. Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen, wird diese Beratungen aufmerksam verfolgen und sich weiterhin für eine geschlechtersensiblere Sichtweise des Demographischen Wandels in Politik und Gesellschaft, einsetzen.

Die vorherrschende wissenschaftliche Literatur und mediale Berichterstattung zum Thema *Demographischer Wandel* lässt eine ausgewogene, geschlechtersensible Sichtweise weitestgehend vermissen. Die gängige These lautet, dass Frauen - wer sonst! - am eklatanten Geburtenrückgang in Deutschland und deren sozialpolitischen Folgen Schuld sind. Angestiftet von Feministinnen stellten sie ihre persönliche berufliche Karriere über das Aufziehen von Kindern.

Das Ziel der Fachtagung *Demographischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?* am 29.08.2007 im Abgeordnetenhaus zu Berlin war es, dieser verkürzten und frauenfeindlichen Ansicht eine geschlechtersensiblere Einschätzung entgegen zu stellen. Die wissenschaftlichen und politischen Beiträge in dieser Broschüre präsentieren Ideen für eine gendergerechte Gestaltung des demographischen Wandels sowie geschlechtersensible Anforderungen an Politik und Wissenschaft.